

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsk. 27)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streifand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien;
bei C. L. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidenbank“.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Mr. 82.

Donnerstag, 2. Februar.

Unterste 20 Bl. die schrägpalierte Seite oder deren Raum, Rollenlang verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Wirtschaftliches von der abgelaufenen Reichstagsession.

Die nunmehr beendigte Session des Reichstaats hat auf dem Gebiete der Zollpolitik außer mehreren Debatten über den Werth und die Wirkungen der neuen Wirtschaftspolitik auch ein praktisches Resultat in der Beschlussfassung über eine Reihe von Petitionen gebracht. In allen Fällen handelte es sich um Beschwerden über eine Handhabung des Tarifs, welche den Petenten durch unerwartete Änderung der bisherigen Auslegung des Tarifs erhebliche Nachtheile zugefügt hatte. Für Anchovis waren z. B. auf Grund der neuen Interpretation von der petitionirenden Harburger Firma 5536 Mk. nachgefordert und, soweit sie nicht unter Protest sofort bezahlt worden waren, schließlich exekutivisch begetrieben worden; für Marmorplatten war einer anderen Firma durch die plötzlich eingetretene Änderung ein Betrag von 4500 Mk. nachträglich abgefordert worden. In allen Fällen schloß der Reichstag sich den Anträgen der Petitionscommission, die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen, mit großer Mehrheit an; nicht ein einziger Redner erhob sich aus der Mitte des Hauses, um das Verfahren der Zollbehörden und des Bundesraths zu verteidigen. Auch vom Bundesrathstische aus wurde in den meisten Fällen eine Rechtfertigung gar nicht versucht; nur betreffs der Anchovis entschloß sich der Direktor Burchard vom Reichsschäfamt den Antrag der Petitionscommission zu bekämpfen. Dass die Sache des Bundesraths in diesem Falle durch das Eintreten seines Kommissarius gewonnen hätte, läßt sich indessen nicht behaupten. Herr Burchard suchte die Versezung der Anchovis durch das neue Waarenverzeichnis aus einer Position mit 3 Mk. Zoll in eine Position mit 60 Mk. Zoll vornehmlich damit zu rechtfertigen, daß die Einführung eines Zolles auf frisches Fleisch die Sachlage geändert habe; dadurch sei die ganze Kombination zwischen Fleisch, frischem Fleisch, zubereitetem Fleisch, Fischen, frischen Fischen und zubereiteten Fischen und ähnlichen Gegenständen des Tafelgenusses wesentlich alteriert worden. Aber diese jetzt gemachte Distinktion kann doch nimmermehr das aus der Welt schaffen, was der Bundesrat i. J. 1879 in den Motiven zur Zolltarif-Vorlage ausgeführt hat. Damals hat der Bundesrat dargelegt, daß der Zolltarif von 60 Mark Anwendung finden solle auf Artikel, deren Werth sich durchschnittlich auf 200 Mark pro Doppelztr. stelle, während der Zolltarif von 3 Mark für einfach zubereitete Fische gelten solle, deren durchschnittlicher Werth auf 60 Mark veranschlagt werde, und auf dieser Grundlage hat der Reichstag den Bundesrath-Anträgen zugestimmt. Nun stellt sich der Werth der in Frage kommenden Anchovis auf nur 28 Mark pro Doppelzentner, er erreicht also noch nicht einmal den Durchschnittswert der niedrigeren Zollklasse; wie kann es also dem Sinn des Gesetzes entsprechen, die Anchovis mit den 200 Mark-Waaren in eine Position zu werfen? Es ist zu bedauern, daß in diesem Falle der Reichstag bei seinem Beschuß nicht die hier vorgenommene, durchaus ungerechtfertigte Interpretation des Tarifs selbst berücksichtigt, sondern in engem Anschluß an die Bitte der Petenten sich begnügt hat, für die Räderstattung des nachträglich erhobenen Zollbetrages einzutreten. Vielleicht bietet in der nächsten Session eine neue Petition Gelegenheit, dies nachzuholen. Dagegen hat allerdings der Reichstag in einem anderen Falle, beim corned beef, direkt die Berechtigung des Bundesraths zu der neuerdings beliebten Änderung der Klassifikation bestritten. Hier erklärt es der Bericht der Petitionscommission für nachgewiesen, daß die Bestimmungen der zollamtlichen Instruktion und das Gesetz selbst sich vollständig decken, und daß beide keine andere Verzollung des in etikettirten, hermetisch verschlossenen Blechbüchsen eingeführten corned beef fordern oder auch nur zulassen, als jene mit 12 Mark per 100 Kg. Indem der Reichstag selbst in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung ohne jeden Widerspruch sich dieser Ansicht anschloß, hat er eine so scharfe Verurtheilung der von den Zollbehörden plötzlich eingeführten und schließlich vom Bundesrat ausdrücklich genehmigten Praxis ausgesprochen, wie sie kaum erwartet werden durfte. Ob sein Urtheil etwas bessern wird, steht freilich dahin; jedenfalls muß der Regierung klar geworden sein, daß auf dem jetzt beschrittenen Wege selbst ihre eifrigsten Freunde ihr nicht mehr zu folgen vermögen.

Die nach den neuesten Nachrichten sich noch immer ausdehnende Praxis der Zollbehörden vollends, die Verzollung gewisser Waaren unter der Bezeichnung ganz anderer Waaren zu verlangen, droht in der That nachgerade den Zweck des i. J. 1879 erlassenen Gesetzes über die Handelsstatistik, welches eine möglichst zuverlässige Statistik der Waaren-Ein- und Ausfuhr sicherstellen sollte, zum Theil in wenig erfreulicher Weise zu vereiteln. Der um die Genauigkeit seiner Tabellen beforgte Reichsstatistiker sieht den Frieden seiner Tage fortan gefördert durch die quälende Frage, wieviel geräuchertes Rindfleisch in der Position des statistischen Waarenverzeichnisses „Feine Eisenwaaren“, wieviel Tinte und Bitterwasser unter der Position „Weißes

Hohlglas“, wieviel Käse unter der Position „Feine Bleiwaren“ enthalten sein mag. Noch mehr gerät er in's Gedränge, wenn er an die Werthberechnung geht. Die Reichsstatistik für 1880 berechnet den Werth von Fleisch zum Einheitszoll von 90 M., den von feinen Eisenwaaren zu 300 M., Tinte zu 28, Mineralwasser zu 30, weißes Hohlglas aber zu 80 M. Der Statistiker muß natürlich den Werth der Waaren nach ihrer zollamtlichen Bezeichnung berechnen, mit der schmerzlichen Gewißheit, daß die Berechnung der Wahrheit nicht entspricht. Ist ihm noch dazu die Aufgabe gestellt, recht genau Acht zu geben, ob irgendwo ein Schutzoll seine Pflicht nicht thue, so ist er vielleicht auf Grund der amtlichen Zahlen genötigt zu berichten, daß die Einfuhr seiner Eisenwaaren oder weißen Hohlglases sich ganz ungebührlich gesteigert habe, also die Zölle auf diese Artikel einer Erhöhung dringend bedürftig seien. Die Frage wirkt ihre Schatten aber auch noch in weitere Kreise. Die Handelskammer und Kaufmännischen Korporationen, die dem Herrn Handelsminister ihre Jahresberichte erstatten, werden in Bezug auf die Wahrheit der darin enthaltenen Angaben neuerdings sehr scharf kontrollirt. Wie soll sich folch ein unglücklicher Handelskammer-Sekretär nun verhalten, wenn er findet, daß im letzten Jahre beispielsweise die Einfuhr von Fleisch in seinem Bezirk abgenommen, die von feinen Eisenwaaren zugenommen hat? Darf er es wagen, dies ohne amtlichen Beweis durch die neue Waarenklassifikation der Zollbehörden erklären zu wollen? Oder muß er auf die Gefahr hin, der Unwahrheit gejagten zu werden, die feine Eisenware, von der ein Theil wahrscheinlich nur 90 M. werth gewesen ist, durchweg zu 300 M. berechnen? Wird es nicht am Ende nötig sein, einen Kongress sämtlicher Handelskammern zu berufen, um für die Werthberechnung aller derjenigen Waaren, welche möglicherweise ganz etwas Anderes sind, als wofür die Zollbehörde sie ansieht, einheitliche Grundsätze festzustellen?

Hier mag auch noch Folgendes Platz finden: Die Auflösungen des Abgeordneten v. Schorlemer-Alst in der Reichstagsitzung vom 10. Januar über die Arbeitslöhne in der Montanindustrie und die Lage der Bergwerksarbeiter haben in Westfalen eine Reihe von lebhaften Protesten aus Interessenkreisen hervorgerufen. Schließlich hat der Vorstand des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtbezirk Dortmund eine geharnischte Erklärung gegen Herrn von Schorlemer-Alst erlassen, die einzelne scharfe Ausdrücke wohl mit Recht zurückweisen mag. Was an derselben aber am meisten interessirt, ist die Thatsache, daß die Herren Bergwerksbesitzer betreffs der Lohnfrage selbst keine Reklamation vorzubringen haben. Sie berufen sich darauf, daß die große Mehrzahl von ihnen Jahre lang und noch bis heute nur unter den schwersten finanziellen Opfern den Betrieb ihrer Werke und die Beschäftigung ihrer Belegschaften haben aufrecht erhalten können, und daß leider „auch heute noch die Verhältnisse nicht darnach angehen sind, um eine wesentliche Steigerung der Arbeitslöhne herbeizuführen.“ In diesen Worten ist denn freilich in vollem Gegenseite zu den Thesen unserer neuen Wirtschaftspolitiker so gut wie nichts von einem allgemeinen Aufschwunge und von einer Besserung der Arbeitslöhne zu finden. „Grade dagegen“, hatte Herr v. Schorlemer-Alst gesagt, „protestieren die Arbeiterkreise, und auch die Behörden konstatiren, daß eine solche Besserung der Arbeitslöhne (in der Montanindustrie) nicht eingetreten ist, sondern daß diese Verbesserung der Löhne nur eine scheinbare, eine gemachte sei. Und wie hat man sie gemacht? Man hat sie gemacht, indem man erstlich einmal die durchschnittlich hohen Löhne der Beamten bei der Zusammenstellung mitgerechnet hat; man hat sie gemacht, indem man die Ueberschichten und Doppelschichten nicht besonders angegeben hat — wo im Lohnbuch 24 Schichten stehen, sind 28 und 30 gemacht und nun ist der höhere Lohnertrag ausgerechnet, wie wenn er mit den 24 Schichten erreicht wäre.“ Diese Auslassungen haben in der Erklärung des Dortmunder Bergbau-Vereins keine Widerlegung, sondern eine Bestätigung erfahren. Sie gewähren einen guten Einblick in die Rechnungsweise unserer Schutzzöllner und verdienen, ihnen immer wieder entgegengehalten zu werden, wenn sie mit einigen Durchschnittszahlen eine Erhöhung der Arbeitslöhne in Folge der neuen Wirtschaftspolitik nachweisen zu können vermeinen.

Deutschland.

+ Berlin, 31. Januar. [Abgeordnetenhaus. Verwendungsgesetz und Steuerreform.] Nach den im Abgeordnetenhaus getroffenen Dispositionen wird die erste Berathung der Eisenbahnvorlagen erst am Freitag beginnen, da am Donnerstag des katholischen Feiertags wegen der Sitzung ausfällt. Am Montag wird dann die erste Berathung der Kirchenpolitischen Vorlage folgen. Nach Erledigung der ersten Berathungen werden die Fachkommissionen in Thätigkeit treten, während das Plenum die zweite Berathung derjenigen Spezialrats erlebt, welche nicht an die Budgetkom-

mission überwiesen werden. Die Ausdehnung der Session wird allgemein bis mindestens Himmelfahrt berechnet. Für eine Frühjahrsession des Reichstags dürfte daher schwerlich Raum zu finden sein. — Nach der Mittheilung des Finanzministers Bitter im Abgeordnetenhaus wird der Entwurf des neuen Verwendungsgesetzes binnen wenigen Tagen schon in den Händen der Mitglieder sein. Die Auflösungen der Redner bei der ersten Berathung des Etats machen es indessen sehr zweifelhaft, ob mit dieser Vorlage einem dringenden Bedürfnis abgeholfen wird. Im preußischen Landtag über die rationellste Weise zu diskutiren, in welcher die Erträge neuer Reichsteuern verwendet werden könnten, das ist eine Aufgabe, welche einen vorwiegend akademischen Charakter hat. Auch seitens eines Redners des Zentrums ist hervorgehoben worden, daß, falls die Verschärfung über die Verwendungsziele zu Stande komme, die Gesinnungsgenossen im Reichstage sich deshalb nicht verpflichtet erachten würden, für neue Reichsteuern einzutreten. Erheblich kompliziert wird die Frage des Verwendungsgesetzes noch dadurch, daß die Reichsregierung, wie aus der Botschaft an den Reichstag vom 17. November v. J. ersichtlich ist, den früheren prinzipiellen Standpunkt verlassen hat; der Grundsatz, daß die Erträge neuer Reichsteuern vollständig den Einzelstaaten zur Herbeiführung von Steuererleichterungen und Steuerreformen überlassen werden sollen, ist vollständig bei Seite gelegt worden. Die Botschaft hat konstatiert, zur Deckung der erheblichen Ausgaben, welche die Durchführung der sozialpolitischen Projekte nach sich ziehen würde, sei die Einführung des Tabaksmonopols das geeignete Mittel. Ein Verwendungsgesetz in Preußen wäre demnach selbst dann noch keineswegs dringend, wenn die Aussicht, die Zustimmung des Reichstags zum Tabaksmonopol zu erhalten, nicht ganz so trüb wäre, wie sie wirklich ist. Auf der anderen Seite wird es von Jahr zu Jahr unerlässlicher, die sogenannte organische Reform der direkten Staatssteuern in die Hand zu nehmen. Der Landtag hat im vorigen Jahre sogar die Mittel für eine neue Rathstelle im Finanzministerium bewilligt, um die für diese Arbeiten erforderlichen Kräfte dem Minister zur Verfügung zu stellen; aber irgend eine Vorlage ist nach dem eigenen Geständnis des Finanzministers Bitter noch nicht in Sicht. Nach dem vorjährigen Verwendungsgesetz sollte der Staat auf die Erträge der 4 untersten Stufen der Klassensteuer zu Gunsten der Steuerzahler, auf die Erträge der übrigen Stufen der Klassensteuer zu Gunsten der Kommunalverbände verzichten. Die Personaleinkommensteuer würde also dem Staat nur von den Einkommen von 3000 Mark und mehr zufließen. Vorschläge dieser Art präjudizieren in bedenklicher Weise der wünschenswerthen Reform der Einkommensteuer im Sinne einer höheren Belastung der Einkommen aus Kapital. Die Behauptung des Finanzministers, daß das Verwendungsgesetz in keinem inneren Zusammenhange mit der Reform der Einkommensteuer stehe, erscheint demnach ganz unverständlich.

■ Berlin, 31. Januar. Den Reichstagsverhandlungen über das Reichsbudget und seinen Einfluß auf den Haushalt der Einzelstaaten folgte auf dem Fuße die zweitjährige Budgetdebattie im Abgeordnetenhaus. War es die ganz verschiedene Zusammensetzung beider Körperschaften oder hat es rein sachliche Ursachen, oder liegt es an der geringeren Bedeutung des mit dem Herrenhause verfassungsmäßig untrennbar verbundenen preußischen Abgeordnetenhauses, — jedenfalls machte die heute beendete erste Berathung des Staatshaushalts einen etwas matten Eindruck. Die Verschiedenheit der Zusammensetzung beider Körperschaften übt namentlich Einfluß auf das Auftreten der Minister und der Regierungskommissarien; — Fortschritt (37) und Sezession (20) bilben zusammen im Abgeordnetenhaus wenig über $\frac{1}{4}$ von 432, im Reichstage zählen Fortschritt und Sezession mit zusammen 105 mehr als $\frac{1}{4}$ der Gesamtheit von 397. Die wirkliche durch das Zoos und sodann durch Tausch ohne Beeinflussung des Präsidenten festgestellte Rednerliste hatte gestern zwei Redner aus großen maßgebenden Parteien an die Spitze der Diskussion gestellt, welche dem Reichstage nicht angehören, den klerikal Freiherrn von Hüne und den Vorsteher der deutsch-konservativen Fraktion von Rauchhaupt. Beide parlamentarisch ausgerührte Abgeordneten traten mit großer Frische in die Diskussion, ohne aber völlige Beherrschung des schwierigen Stoffs zu erweisen. Herr von Hüne gehört der äußersten Rechten seiner Partei an, er hofft also auf Buttamer und Gosler, die Vertreter der künftigen klerikal-konservativen Koalition, traut aber weder der Eisenbahnpolitik, noch der großen Finanz- und Steuerreform in Preußen. Am „Verwendungsgesetz“ hat er in den verschiedenen Sessionen hervorragend mitgearbeitet und deshalb den Glauben an dasselbe verloren. Einig mit ihm in der Verurtheilung der Justizreform ist Herr von Rauchhaupt, der durchgesetzte vom Kaiser mit einem besonderen Beleidigungsschreiben beehrte Reichstagskandidat. Im Justizetat erblickt er das Schmerzenskind, in den Eisenbahnen das „Freudenkind“. Hätte er nach Richter gesprochen, so würde er etwas vorsichtiger von den glänzenden Erträgen der Eisenbahnen geschwärmt haben.

Nichter ging recht unbarmherzig mit dem Etat um; vor Allem mit der Eisenbahnverwaltung, an der er auch die Maßregelung der bei Kollektivpetitionen beteiligten Beamten und der oppositionellen Zeitungen tadelte. Heute macht der finanzpolitische Sachverständige der Freikonservativen, Freiherr von Weditz-Neutrich, auch ein durchgesetzter Reichstagskandidat, den Versuch, Nichter's Berechnungen in Betreff der Überschüsse der Eisenbahnen zu widerlegen. Der folgende Redner Nichter ging mit scharfen Fragen über das versprochene Steuerreformgesetz dem Minister Bitter zu Leibe. Dieser gab an, es liege dem Gesamtministerium vor, das heißt dem Reichskanzler. Dieser wird sicher den bekannten Stein darauflegen, den zu heben Minister Bitter nicht Kraft genug besitzen dürfte. Maybach ging noch einmal ausführlich auf das Petitionsrecht der Beamten ein, — von der Maßregelung der Zeitungen sagte er keine Sylbe. Nachdem der Nationalliberal von Benda in kurzen Worten namentlich die geschäftliche Behandlung des Etats besprochen hatte, würde der fortschrittliche Abg. Büchtemann, der beste technische Sachverständige des Abgeordnetenhauses in Eisenbahnverwaltungsfragen, zu Wort gekommen sein, wenn es die Mehrheit nicht anders beschlossen hätte. Man wollte keine Entgegnung auf die ausführliche Rede des Ministers Maybach mehr zulassen; obwohl es wenig über drei Uhr, also nach der parlamentarischen Uhr noch sehr früh war, wurde die Debatte geschlossen und Büchtemann präkludirt. Jedenfalls wird für alle wichtigen Regierungsvorlagen sich im Abgeordnetenhaus eine Mehrheit finden, — höchstens könnte vielleicht die kirchenpolitische Vorlage zu Fall kommen.

Der schwerwiegendste Einwand, den man gegen die Rechnung der Eisenbahnverwaltung im Etat und das daraus entspringende überaus günstige finanzielle Resultat erheben kann, ist ohne Zweifel der, daß eine ganze Reihe von Ausgaben, die von Rechts wegen in das Extraordinarium gehören würden, durch den Gesetzentwurf, betr. die Erweiterung, vervollständigung und bessere Ausrüstung des Staats-Eisenbahnnetzes vermittelst einer Anleihe gedeckt werden sollen. Daß man die Kosten für Anlage neuer Eisenbahnlinien nicht aus laufenden Einnahmen, sondern durch eine Anleihe bestreitet, ist ganz gerechtfertigt; bei der Herstellung neuer Geleise, dem Umbau von Bahnhöfen, der Vermehrung der Betriebsmittel, Reparaturen und dgl. ist aber die Deckung durch eine Anleihe ein sehr fragwürdiges Mittel. Ueberhaupt hat die erste Etatsberathung gezeigt, daß die Verschiedenheit in der Auffassung unserer Finanzlage und die von allen Seiten zugestandene Unklarheit der wahren Resultate des neuen Etats vorzugsweise auf die Schwierigkeit zurückzuführen sind, ein vollkommen klares und zuverlässiges Urtheil über die finanziellen Ergebnisse der Eisenbahnverwaltung zu gewinnen. Es ist dies aber um so dringender notwendig, als davon die Entscheidung über die Fortführung der Eisenbahnverstaatlichung abhängt. In Anbetracht der Wichtigkeit des Eisenbahnnetzes ist denn auch die Neuerung getroffen worden, daß die Budgetkommission für die Berathung dieses Etats um sieben Mitglieder verstärkt wurde.

Am Freitag dieser Woche wird die erste Lesung der Vorlage, betreffend den weiteren Erwerb von Privatbahnen durch den Staat im Abgeordnetenhaus beginnen. Vielfach, so schreibt man der „N.-Ztg.“ aus dem Abgeordnetenhaus, wird jetzt in parlamentarischen Kreisen darüber diskutiert, ob und welche Majorität der Minister der öffentlichen Arbeiten für seine Vorlagen erhalten werde. Man zweifelt nicht daran, daß die neue Vorlage zur Annahme gelangen wird. Für dieselbe stimmen geschlossen die beiden konservativen Fraktionen und

der überwiegende Theil der Nationalliberalen. Was das Zentrum betrifft, so hat dasselbe bei den letzten Verstaatlichungen mit allen gegen zwei Stimmen dagegen votiert; jetzt hört man indessen dort Anschaungen laut werden, wonach, nachdem das Prinzip des Staatsbahnsystems von der Volksvertretung sanktioniert worden sei, man die Konsequenz davon ziehen und es den einzelnen Mitgliedern überlassen müsse, für oder gegen die weiteren Verstaatlichungen zu stimmen.

Die Wiener „Politische Korrespondenz“ ist wieder in der Lage, eine Erklärung eines deutschen Staatsmannes zu veröffentlichen, die einer Entschuldigung ungemein ähnlich sieht. Diesmal ist es Herr v. Bötticher, der das Wort ergreift. Wir lesen in der „Politischen Korrespondenz“ das Folgende:

„Erklärung. Der Staatssekretär im deutschen Reichsamt des Innern, Staatsminister v. Bötticher, hat eine von uns an Se. Exzellenz gerichtete Anfrage in Betreff seiner im deutschen Reichstage über die „Politische Korrespondenz“ und deren Herausgeber gethanen Ausführungen mit einer Bütchrift an uns beantwortet. Se. Exzellenz bestreitet unter Ausdruck seines Bedauerns über die gegenteilige Annahme, sich in verlegender Weise über unsre Personen geäußert zu haben, und sendet uns zum Belege dafür das stenographische Protokoll der Reichstagssitzung zu, welches die betreffende Auskunft des Herrn Staatsministers v. Bötticher in der That in einer wesentlich anderen Fassung verzeichnet, als die durch einzelne telegraphische Melddungen verbreite gewesen war. Wie der Herr Staatsminister hinzufügt, konnte es ihm so weniger in seiner Absicht liegen, uns zu verleken, als ihm die Herausgeber der „Politischen Korrespondenz“ nicht bekannt waren. „Einen Ihrer Ehre nahetretenden Sinn habe ich — so schließt die Bütchrift — mit meiner Bemerkung weder verknüpft noch verknüpfen können. Euer Wohlgeboren bitte ich vielmehr, die Versicherung meiner vollkommenen Hochachtung empfangen zu wollen. — v. Bötticher. Berlin, 27. Januar 1882.“

Die Herausgeber der „Politischen Korrespondenz.“

Die „N.-Ztg.“ bemerkt dazu: Daß einem publizistischen Organ, soweit es mit Unrecht beschuldigt worden ist, genügende Satzungsfaktion wird, können wir nur als richtig erkennen; daß aber jener Wiener Korrespondenz, in welcher eine offiziöse Feder es gewagt hatte, den „Konflikt“ für Preußen als Programm aufzustellen mit allen Kriegsgegnern aus der Diskussion herauskommt, ist ein wenig erfreulicher Anblick; die Beschlissenheit, womit man der „P. K.“ entgegenkommt, beweist, wie hochoffiziös ihr Charakter ist. In der That muß man nach dem Ergebnis der Diskussion in der Presse annehmen, daß der im Reichstag vom Reichskanzler und Staatssekretär des Innern zurückgewiesene Artikel von Niemand anderem als dem Vorstand des preußischen Preßbüros ausgegangen ist!

In den Erläuterungen, mit denen der Kultusminister die Forderung eines Dispositionsfonds zur Durchführung revidirter Lehrpläne an den höheren Unterrichtsanstalten motiviert hat (wir haben sie bereits ausführlich mitgetheilt), wird „die Unterscheidung der Gymnasien und Realschulen als sachlich begründet und durch die Erfahrung bewährt“ aufrecht erhalten. Der von vereinzelten Stimmen befürwortete Gedanke, für alle diejenigen jungen Leute, deren Lebensberuf wissenschaftliche Fachstudien auf einer Universität oder einer technischen Hochschule erfordert, eine einheitliche, die Aufgabe des Gymnasiums und der Realschule verschmelzende höhere Schule herzustellen, sei wenigstens unter den gegenwärtigen Kulturverhältnissen, mit denen allein gerechnet werden darf, nicht ausführbar, ohne daß dadurch die geistige Entwicklung der Jugend auf das Schwerste gefährdet würde. Die Denkschrift des Kultusministers bezeichnet wohl die Richtung, in der die Revision des Lehrplans der Realschulen erfolgen soll; aber das reicht zur Beurtheilung der Revision nicht aus. An-

den Realschulen I. Ordnung sollen die Erfolge des lateinischen Unterrichts durch eine Vermehrung der Unterrichtsstunden in den oberen Klassen auf Kosten des naturwissenschaftlichen Unterrichts gesichert werden. An einer anderen Stelle wird die Verkürzung des lateinischen Unterrichts als „unerlässlich“ bezeichnet. Eine Begründung dieser Forderung ist nicht gegeben. Man wird sich aber über die Berechtigung dieser Abänderung des Lehrplans kein Urtheil bilden können, so lange die weiteren Absichten des Ministers, namentlich bezüglich der wichtigen Frage der Zulassung der Realschul-Abiturienten zu Universitätsstudien nicht bekannt sind.

Es kann nicht ausbleiben, daß ein Institut auf ganz neuer Grundlage, wie die „Rabatt-Spar-Anstalt“, sich viele heftige Gegner zuzieht und ebenso sich viele eifrige Freunde erwirkt. Dijenigen, welche sich über das neue Institut unterrichten wollen, werden mit Nutzen die kleine, soeben im Verlage von Fr. Körkampf, Berlin W., Lützowstraße 61, unter dem Titel „Die Rabatt-Spar-Anstalt“ erschienene Broschüre lesen, welche den Abdruck des Vortrags enthält, den der Reichstagsabgeordnete Dr. Georg v. Bunsen am 18. Januar d. J. in dem Bürgerzaale des Berliner Rathauses gehalten hat. Sowohl die Grundzüge der Anstalt, als auch die Einwände, welche gegen dieselbe erhoben werden und erhoben werden können, werden darin kurz, aber ausreichend erläutert und beleuchtet.

Der Staatsminister Dr. Falk hat heute seine Bestallung zum Amt des Präidenten des Oberlandesgerichts zu Hamm erhalten und in Folge dessen heute seine Mandate zum Hause der Abgeordneten und zum deutschen Reichstage niedergelegt. Es bestätigt sich nach der „N.-Ztg.“, daß er Parlamentsmandate nicht wieder anzunehmen gedenkt.

Die „Germania“ ist mit der Ernennung des früheren Kultusministers Dr. Falk zum Präsidenten des Oberlandesgerichts in Hamm gar nicht zufrieden. Das leitende ultramontane Blatt meint, die Ernennung eines so ausgesprochenen Parteimannes zum Chef des ersten Gerichtes einer zur starken Hälfte streng katholischen Provinz werde unter der katholischen Bevölkerung Westfalens keinen guten Eindruck machen. Als Nachspiel zu den Debatten über das Verhältniß zwischen Beamtencharakter und politischer Parteistellung sind diese übellaunigen Bemerkungen recht lehrreich. Man kann sich aus denselben eine Vorstellung machen, nach welchen Grundsätzen eine ultramontane Regierung bei der Bekämpfung der höheren Beamten nicht nur in der Verwaltung, sondern sogar in der Rechtspflege verfahren würde.

Eine ziemlich dunkle Andeutung der „Schles. Volksztg.“ über den Stand der Breslauer Bischofs-Angelegenheit wird durch folgende Mittheilung der „Germ.“ erläutert: Die „Schles. Volksztg.“ bemerkt, wo in absichtlicher Dünkelheit, man habe „im Grunde nur einen“ auf der Liste belassen. Ich schließe daraus, daß man formell mehrere Namen auf der Liste stehen lassen, aber dabei in verständlicher Weise dem Kapitel bedeute ich hat, wen es wählen solle. Daß damit der Wahlrecht des Kapitels zu nahe getreten ist, bedarf keines Beweises; denn wenn auch der von der Regierung gemünschte Kandidat auf der Liste stand, also auch von dem Kapitel als genehm betrachtet wurde, so mußte doch dem Kapitel freigestellt sein, ihn oder einen andern der Kandidaten der Liste zu erwählen. Sonst würde das Wahlrecht des Kapitels zu einem bloßen Vorschlagsrechte, und das Recht der Regierung, personae minus gratae von der Liste zu streichen, zu einem Wahlrechte. Das wäre aber eine fundamentale Änderung des bestehenden Rechtes, gegen welche das Breslauer Kapitel pflichtmäßig durch Enthaltung der Wahl protestiert hat. Freilich hätte das Kapitel sein Recht forciren, zur Wahl schreiten und auch eventuell eine Person wählen können, die zwar auf der Liste stehen geblieben, aber nicht gewünscht wird; indessen hat das Kapitel jedenfalls erwogen, daß die Zeiten nicht dazu angehören sind, um solche Streitfragen praktisch auszutragen. Es befand sich sonach tatsächlich

Im Unglück starb.

Roman nach dem Englischen frei bearbeitet von G. Sternau.

(Nachdruck verboten.)

(16. Fortsetzung)

Flora wußte nicht, daß er ihr gefolgt war, um sie abfahren zu sehen, als sie ihn plötzlich neben dem Portale, in der Dunkelheit stehend, gewahrte, wie er scharf nach ihr und ihrer Begleiterin hinsah, die von der Lampe im Wagen hell beleuchtet waren. Sie winkte ihm mit der Hand einen Gruß zu und er erwiderte denselben, ohne auch nur eine Miene zum Lächeln zu verzieren.

„Er fühlt sich beleidigt, daß ich ihn so verlassen habe,“ dachte Flora mit einem Seufzer. „Was liegt daran! Ich will nicht hoffen, daß er empfindlich ist und jede Kleinigkeit übel nimmt, die ich sage oder thue. Nein, nein, das sieht meinem Valentin nicht ähnlich.“

Während dessen standen Percy und Valentin draußen in der kühlen Nachtluft und sahen dem davonrollenden Wagen nach.

„Das ist eine dumme Geschichte, Merrick,“ sagte Percy, „aber ich hoffe, es wird Alles gut ablaufen.“

„Miss Shaldon ist vielleicht etwas zu leicht beunruhigt,“ versetzte Merrick kurz.

Der Ton, in welchem diese Antwort gegeben wurde, überraschte Percy und er sah ihn verwundert an.

„Es ist Dir unangenehm, daß Flora uns verlassen hat, Val!“ sagte er rasch.

„Ich kann nicht sagen, daß ich darüber besonders entzückt wäre,“ entgegnete er trocken.

Aber dies war ein Nohlfall, die Haushälterin ist frank und ihre Herrin ängstlich und leicht erregbar. Siehst Du das nicht ein?“

„Ich sehe es wohl ein,“ sagte Valentin. „Aber wenn die Haushälterin stirbt, was weiß Flora vom Sterben?“

„Nun?“

„Sie hat sich einer schweren Aufgabe, einer großen Erstürmer ausgezetzt. Gleich Deiner Mutter bin auch ich sehr gegen diese Sache.“

„Warum verhinderst Du sie denn nicht?“

„Es wäre etwas früh gewesen, meine Autorität geltend machen zu wollen, außerdem wünschte sie so sehr zu gehen,“ erwiderte Valentin.

„Ja, und unter allen Umständen kann sie sich dort nützlich machen, es ist ihre Pflicht,“ sagte Percy.

„Flora ist ein mutiges Mädchen und wenn das Schlimmste eintreffen sollte, wird sie nicht wanken. Ich meinerseits bin froh, daß sie Miss Shaldon begleitet, Val und ich gestehe es offen.“

„Du bist von Miss Shaldon's Reizen betört,“ entgegnete Valentin spöttisch.

„Das gebe ich nicht zu, Val!“ rief Percy, „obgleich ich gestehe, daß sie mich interessirt.“

„Oder das Geheimnis, das sie umgibt?“

„Das mag auch etwas dazu beitragen.“

„Geheimnisse haben eine große Anziehungskraft für gewisse Gemüther; aber es gibt auch Geheimnisse, welche dunkle Lebenspfade und entsetzliche Dinge verbüllen,“ sagte Valentin.

„Aber dieses Geheimnis verbirgt nur einen großen Kummer.“

„Woher weißt Du das?“ fragte Valentin scharf.

„Sich nur in jenes kommervolle Gesicht, in dessen edlen Zügen sich der tiefe Gram eines reinen Herzens in hinreißender Schönheit wieder spiegelt!“ rief Percy begeistert aus.

„Könnte die Reue über eine ernste Verirrung nicht auch diesen Ausdruck annehmen, oder Gewissensbisse oder Schande?“

„Nein, das ist nicht möglich,“ entgegnete Percy warm. „Du hast kein Recht, solche Dinge vorauszusehen, Val, bei meiner Seele, das hast Du nicht!“ rief er empört.

„Ich stellte ja nur eine Frage,“ erwiderte Merrick lachend.

„Verzeihen Sie, Signor, aber mit Ihnen ist es schon weit genug gekommen. Minn es mir nicht übel, Percy, aber die Dame hat einen tieferen Eindruck auf Dich gemacht, als Du Dir selbst gestehen willst.“

Beide gingen wieder in den Salon, wo sie Sir Charles und seine Frau in ziemlich verdrießlicher Stimmung fanden in Folge eines Wortwechsels, den sie über Flora's Abstecher nach Weddercombe gehabt hatten. Lady Andison hatte Flora's Vernehmen für thöricht und rücksichtslos erklärt, während Sir Charles behauptete, daß sie dem Triebe ihres warmen, edel-

müthigen Herzens gefolgt sei und nicht anders habe handeln können.

„Was was veranlaßt Miss Shaldon, in solcher Lage zu sein, Sir Charles?“ sagte Lady Andison eben, als Percy und Valentin eintraten.

„Miss Shaldon wird am besten selbst wissen, was sie zu thun hat,“ erwiderte Sir Charles mit ernster Höflichkeit.

„Flora hätte wenigstens ihre Kammerjungfer mitnehmen sollen,“ sagte die Dame, „wenn sie sich doch einmal so weit herablassen wollte. Flora weiß, daß mir Miss Shaldon mißfällt und daß ich den Gründen nicht traue, die sie bestimmen, sich von aller Welt zurückzuziehen.“

„Lady Andison, im Augenblick dringender Gefahr, bei schweren Krankheiten, bei einer Krisis, wo ein Leben auf dem Spiele steht, erwägen wir nicht Alles so genau,“ sagte Sir Charles. „Ich bin überzeugt, Flora dachte weder an ihre Kammerjungfer, noch an die Vorurtheile ihrer Mama, sondern nur daran, so schnell als möglich Hilfe leisten zu können.“

„Was für uns Alle höchst schmeichelhaft war,“ entgegnete Lady Andison. „Was sagen Sie dazu, Mr. Merrick?“

Ogleich es Valentin höchst fatal war, mit in die Diskussion hineingezogen zu werden, wußte er seinen Verdruss doch äußerst geschickt zu verbergen.

„Ich muß gestehen, daß ich überzeugt bin, daß Flora Miss Shaldon von großem Nutzen sein wird,“ sagte er. „Sie ist etwa in demselben Alter wie die junge Dame, die sehr erregbar zu sein scheint und deshalb wohl einer Freundin und der weiblichen Theilnahme bedürftig ist. Sie,heure Lady Andison, werden doch nicht von mir verlangen, daß ich Flora für irgend etwas tadle, was sie sagt oder tut?“

„Nun freilich nicht,“ sagte Lady Andison, „aber Sir Charles ist so zum Streiten aufgelegt, wenn irgend eine Meinung geäußert wird, die der feindigen entgegen ist, und doch ist der arme Mann stets im Unrecht, so —“

(Fortsetzung folgt.)

Stadttheater.

Posen, 1. Februar.

Mit der gestrigen Novität hat die Direktion einen sehr guten Griff gethan. „Der deutsche Michel“, Schauspiel

Österreich.

unter einem die Freiheit der Wahl beschränkenden Zwange, aus welchem es sich nur ohne Schädigung der kirchlichen Interessen befreien konnte, wenn es auf das Wahlrecht diesmal verzichtete.

Unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Serlo trat im vorigen Sommer hier eine Kommission zur Berathung von Maßregeln gegen die schlagenden Wetter in den Bergwerken zusammen. Es wurden damals zu diesem Zwecke mehrere Tafel- und andere Kommissionen eingefest. In den Bergwerksdistrikten, namentlich im Oberbergamtbezirk Dortmund, haben in den letzten Monaten zum Zweck dieser Untersuchungen mehrere Befahrungen der Bergwerke stattgefunden und wird wohl das ganze Jahr noch erforderlich sein, um hier zu Resultaten zu gelangen, und ein noch längerer Zeitraum wird erforderlich sein, um zu einem definitiven Resultat zu gelangen. Es soll demnächst mit der Errichtung der beschlossenen wissenschaftlichen Station vorgegangen werden.

Um eine vollständige Uebersicht des gegenwärtigen Standes des Fortbildungsschulwesens im preußischen Staate zu gewinnen, sind die Bezirksregierungen von dem Unterrichtsminister beauftragt worden, für ihren Bezirk eine tabellarische Uebersicht aufzustellen, welche alle Fortbildungsschulen, gewerbliche wie ländliche, von der Staatsregierung unterstützt oder ohne deren Unterstützung bestehende umfasst und über deren Einrichtung und Besuch, wie dieser am 2. d. M. vorhanden, genaue Auskunft giebt. Zu der Gattung dieser Schulen sollen sowohl solche Anstalten, welche überwiegend die aus der Volkschule entlassenen jungen Leute für ihren gewerblichen Beruf vorzubilden bezeichnen, als auch solche, welche lediglich den Elementarunterricht der Volksschule fortzuführen und zu ergänzen bemüht sind, gerechnet werden. Aus der Uebersicht muss auch hervorgehn, ob der Unterricht obligatorisch auf Grund des Ortsstatutes ist, ob Schulgeld und wieviel gezahlt wird, ob die Schule durch die Ortsgemeinde, die Innung, Vereine oder Einzelpersonen erhalten wird, die Anzahl Zusatz von der Gemeinde oder dem Staat erhält, ob ein Staatszuschuss und in welcher Höhe beantragt ist, Zahl der Lehrer, die Gesamtzahl der Schüler, sowie endlich die Gegebenheiten, die Zeit des Unterrichts und die Schülerzahl in jeder Klasse.

Bekanntlich ist als Termin für das Inkrafttreten der nach § 5 des Gesetzes, betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln u. c. geplanten kaiserlichen Verordnung über „das gewöhnliche Verkaufen und Feilhalten von Petroleum von einer bestimmten Beschaffenheit“ der 1. Januar 1883 in Aussicht genommen. Diese Hinausschiebung des Termins ist, wie die „Voss. Ztg.“ hörte, erfolgt, um den berechtigten Interessen des Petroleumhandels soweit Rechnung zu tragen, als die vom gesundheitspolizeilichen Standpunkte stellenden Anforderungen gestatten. Dabey gehende Wünsche waren in Eingaben von Vertretern des Handelsstandes, z. B. den Vorstehern der Stettiner Kaufmannschaft, an den Reichsanzeiger ausgesprochen worden. Hoffentlich wird der Bundesrat, dem jetzt der Entwurf zu der erwähnten Verordnung vorliegt, mit billiger Rücksicht auf die Interessen des Privateigentums und des Verkehrs jenen Termin für die Gültigkeit der Verordnung akzeptieren. Es werden alsdann die Petroleum-Läden in Deutschland vorher geräumt werden können.

Offiziös wird geschrieben: Nach dem letzten Jahresbericht des Generalpostmeisters der Vereinigten Staaten von Amerika ist das Ueberhandnehmen der Drucksachen und Waarenproben in Verbindung mit dem niedrigen Porto für diese Sendungen eine der Hauptursachen des Defizits der Postverwaltung der Vereinigten Staaten, welches im letzten Verwaltungsjahr auf den hohen Betrag von 2,481,129 Dollars oder rund 10½ Millionen Mark angewachsen ist. Es wird hervorgehoben, dass die Portoeinnahme für diese Sendungen zu den Kosten, welche für die Beförderung derselben aufzuwenden sind, außer Verhältnis steht. Als Mittel zur Abhülfe werden in dem betreffenden Jahresbericht u. A. die Erhöhung des Portos für Drucksachen und Waarenproben, so wie Ausschließung dieser Versendungsgegenstände von den Schnellzügen, auch gänzliche Ausschließung der Waarenproben von der Postbeförderung (wie in England) bezeichnet. Diese in den Vereinigten Staaten gemachten Erfahrungen beweisen von Neuem, welche Vorsticht gegenüber den auf Erleichterung des Versendungsverkehrs der Drucksachen und Waarenproben gerichteten Wünschen einzelner Kreise des Handelsstandes nötig ist. Im Vergleich zu den Verhältnissen in den Vereinigten Staaten kommt überdies in Betracht, dass in Deutschland ein Post-Packetbeförderungsdienst stattfindet und Waarenproben in Packetform gegen ein wohlseiles und leicht zu berechnendes Porto versendet werden können.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung, betreffend die Ueberreinigung mit Rumänien wegen gegen seitigen Markenabschlusses.

in 4 Akten von Louis Nötel ist ein sehr warm geschriebenes, nicht nur äußerlich poetisch gehaltenes (es ist in 5 fühligen Jamben geschrieben) sondern auch dichterisch empfundenes und patriotisch durchwehtes Stück, reich an originellen und zündenden Szenen. Die Handlung spielt im Jahre 1625 zu Nienburg an der Weser. Hans Michel von Obentraut, Generalleutnant im protestantischen Unionsheere, hat die von Tilly belagerte Stadt entsetzt und rückt nach einer voraufgehenden über Einzelnes orientirenden Volkszene in die Stadt ein, feierlich empfangen und begrüßt von Fräulein Katharina von Folxem, die, eine Tochter einer ehemaligen Geliebten des Generals, wie eine Vision aus früheren Zeiten durch ihre Ähnlichkeit mit der Mutter des Helden Herz entflammt. Im Hause Folxem verweilt auch als Rekonvaleszent ein junges Soldatenblut, Fähnrich Konrad, der seit seiner Verwundung vermisste, geliebte Pflegejohann des Generals. Dessen Fürsprache weist der Stadt gewünschte Erleichterungen zu verschaffen und Hans Michel quartiert sich mit seinem Wachtmester und Dutzbruder Philipp Busak bei der Familie Folxem ein. Dieser Busak, eine derbe deutsche Haut, als Weiberfeind und grimiger Wüttherich fälschlich angeschwärzt, giebt zu vielen heiteren Episoden, namentlich mit der alten Wirtshäferin Christine Veranlassung. Michel verliebt sich ganz regelrecht in die junge Katharina und macht ihr den Heiratsvorschlag, nachdem sie kurz zuvor mit dem jungen Fähnrich sich verbunden. Busak bringt dem verliebten alten Herrn diese Thatsache allmälig bei und versucht unter Preisgebung seiner nahen Stellung zum General ihn von diesem Schritte zurückzuhalten. Der verordnet aber strammste Disziplin gegen seine Pläne, defretirt die Zutreibungen zur Hochzeit und des Fähnrichs Versezung von Nienburg. Allmälig reisende Einsicht, die Eindrücke einer genaueren Selbstbetrachtung im Spiegel, die pietätvolle Resignation seines Pflegejohans Conrad, die schalkhafte Liebenswürdigkeit der jungen Katharina, die Alles als einen Scherz aufzufassen vorgiebt und mit Schlängenklugheit für die eigene Mutter zu werben versucht, führen endlich zu einem zärtlichen Zwiegespräch mit der Mutter und in dem Hause, als die neuesten Regungen zerstören, weiß die Erinnerung frühere Lande mit der Gegenwart zu verknüpfen. Während die defretierten Zutreibungen zur Hochzeit vor sich gehen, kommt ein Befehl, gegen den Feind aufzubrechen, Hans Michel führt das junge Paar zusammen und verspricht,

Wien, 30. Januar. [Die Delegationen] traten zu der außerordentlichen Session am 28. d. zusammen, welche durch die Ereignisse in der Herzegowina — die Dinge in Südbalmaien, insbesondere der Krievsce sind bereits in den Hintergrund getreten — nothwendig geworden ist. Die Lage in den aufständischen Ländern ist andauernd noch so, dass die österreichischen Truppen sich an den meisten Punkten in der Defensive halten müssen und Mühe genug haben, der Weiterverbreitung der Empörung entgegenzutreten. Es wird nach den letzten Nachrichten immer unbegreiflicher, wie die österreichischen Behörden es könnten soweit kommen lassen, ohne von der Zentralleitung in Serajewo, beziehungsweise in Wien entschiedene Hilfe zu verlangen oder dieselben auch nur rechtzeitig auf die drohende Gefahr aufmerksam zu machen. Man wird nahezu zu der Annahme gezwungen, dass ein Theil der untern Beamten, zum mindesten aber der Gendarmerie mit den Aufständischen oder den Leuten, die es werden wollten, unter einer Decke gespielt hat, wie es ja auch Thatsache ist, dass sehr viele der einheimischen Gendarmen, des anstrengenden Dienstes und der schlechten Lohnung müde, zu den Banden des Kovacewitsch und seiner Genossen übergetreten sind. Die letzten zwei offiziellen Berichte über die Vorgänge in der Herzegowina im Verlauf dieser Woche konstatiren die ununterbrochene Thätigkeit der Banden im nördlichen Theile dieser Provinz. Mit einer taktischen Geschicklichkeit, die weit über den

„Instinkt der Wilden“ geht, vielmehr eine militärisch - routinierte Hand verräth, besetzen die Banden die wichtigsten Kreuzungspunkte praktikabler Gebirgspfade und richten ihre Operationen gegen Linien, wie Serajewo-Mostar, wo sie den größten Effekt und Schaden erzielen können. Das abwehrende Verhalten der kaiserlichen Truppen ist bisher überall von Erfolg begleitet gewesen; von einem Heraustreten in die durchgreifende Offensive kann natürlich keine Rede sein, so lange die Truppen nicht in der nötigen Zahl und der günstigsten Aufstellung vorhanden sind. Die mikroskopische Beobachtung, der sich Österreich-Ungarn mit Bosnien von Seite aller europäischen Freunde und Feinde erfreut, macht ebenso die weitgehendste Vorsticht zur Pflicht, wie der große Aufwand von Geld und Blut, den die Regierung von der Volksvertretung diesmal wieder beansprucht. Nicht nur das Administrationtalent unserer Beamten besteht seit Jahr und Tag in Bosnien seine Feuerprobe, auch unsere politischen und militärischen Erfolge bis heute und in der nächsten Zeit werden ein Prüfstein dafür sein, was unsere Politik auf der Balkanhalbinsel bisher eigentlich wert gewesen und ob wir Aussicht haben, dieselbe in weiterer Folge jusqu'au delà de Mitrovitsa fortzusetzen. Auch darüber werden die Delegationen wahrscheinlich Aufklärungen verlangen und so werden denn die Minister alle Mühe haben, auf die vielgestaltigen Fragen: „Warum es so gekommen?“ und „Wie es weiter gehen werde?“ ausweichende Antworten zu geben.

Über den Stand der südslawischen Insurrektion schreibt man der „National-Zeitung“ aus Wien:

Man schätzt heute die Anzahl der Insurgenten auf 15,000 Mann mit dem Hauptquartier auf neumontenegrinischen Gebiete etwa in der Nähe des Dormitor; von jenem Knotenpunkte aus entwickeln sich schon heute fächerförmig die Operationen der Insurgenten gleichzeitig gegen Mostar und Serajewo und die Verbindungsstraße zwischen beiden Hauptstädten über die Ivan Planina. Zugleich haben sie ebenfalls über Neumontenegro die rückwärtige Verbindung mit Albanien welche den Zug aller berusmäglichen aufständischen Elemente der Balkanhalbinsel aus dem Süden vermittelt. Unsere Posten am oberen Lim sind zunächst noch nicht angegriffen, aber schwer bedroht. Man hat hier Informationen, dass die Lösung ist: die Balkanhalbinsel den Bal-

kanvölkern, wobei Mohamedaner und Orthodoxe gleichmäßig mithun. Für die österreichischen Truppen wird es sich zunächst darum handeln, durch einen zentralen Vorstoß das Hauptquartier der Insurgenten aufzusuchen.

[Die panslawistische Rede des russischen Generals Skobelew], welche auch die Insurrektion im Süden Österreichs offen ermutigte, erregt in Wien begreifliche Sensation. Der General erinnerte in tiefschönen Ausdrücken daran, dass am adriatischen Meer eine Völkerhaft eben um Glauben und Unabhängigkeit kämpft. Diplomatische Schritte in Petersburg erfolgen werden, ist unbekannt. Dem Anschein nach verfolgt Österreich mit größter Spannung das stetige Anwachsen der panslawistischen Strömung, will aber seinerseits die größte Reserve beobachten, um sich nicht ins Unrecht setzen und nicht den Schein einer Provokation auf sich zu laden.

Über eine neue Deutschenhefe in Böhmen wird der wiener „R. Gr. Pr.“ Folgendes mitgetheilt: Der Schauplatz des neuesten Ereignisses war die durch ihr Silberbergwerk bekannte Stadt Piräram. Dasselbe befindet sich eine Glashütte, deren Arbeiter Deutsche sind, wie überhaupt die böhmische „Glashütte“, welche zu den ruhmvollsten historischen Eigentümlichkeiten Böhmens gehört, seit jeher nur durch Deutsche betrieben worden ist. Diese deutschen Arbeiter hielten Sonntag, den 22. d., in einem Gasthause unter sich eine Tanzunterhaltung ab. Während derselben sammelten sich tschechische Arbeiter und Vergleute vor dem Lokale, und als einer der Glasarbeiter, deutsch singend, zufällig herausstrat, wurde er von den Czechen zuerst beschimpft und hierauf mißhandelt, so dass er sich mit blutendem Kopf zurück in das Lokal flüchten musste. Als in Folge dessen die Thüren von Innen abgerissen wurden, begannen die Exzedenten Steine, die vier bis fünf Pfund schwer waren, durch die Fenster in den Tanz- und Speisesaal zu werfen, wobei einer der anwesenden Gäste durch Glassplitter eine nicht unbedeutliche Verletzung an der Hand erlitt. Zur Ehre der versammelten deutschen Arbeiter muss aber konstatiert werden, dass sie sich, obwohl sie den drausen befindlichen Exzedenten gegenüber in der Überzahl waren, zu keiner Erwideration des Angriffes verleiteten und sich ganz ruhig verhielten. In der Zwischenzeit hatte der Gastwirth um polizeilichen Schutz gebeten; erst zwei Stunden später indes erschien ein einzelner Polizeimann, der jedoch dem Exzess nicht Einhalt zu thun vermochte. Der Pöbel fuhr bis zum frühen Morgen fort, unter den drohenden Rufen: „Haut die Deutschen! Schlagt die Preußen tot!“ das Gasthaus mit Steinen zu bombardiren. Dieser Vorfall beweist auf's neue, dass die gegenwärtige Agitation unter den tschechischen Bevölkerung darauf gerichtet ist, den Deutschen den Aufenthalt in tschechischen Orten unmöglich zu machen und dieselben überall durch gewaltthätige Mittel zu vertreiben. Charakteristisch für den Wandel der Dinge in Böhmen ist, dass unter den Exzedenten gegen Deutsche nun auch Vergleute sich befinden, obwohl der Bergmannsstand in allen böhmischen Bergstädten ausschließlich deutschen Ursprungs ist. In der Gewerksprache dieser Leute sind heute noch alle technischen Ausdrücke deutsch; als die nationale Agitation begann, weigerten sie sich entschieden — allerdings nur aus abergläubischer Furcht — ihren altgewohnten Gruss „Glückauf“ gegen das czechische „Na zdar“, das man ihnen aufdringen wollte, zu vertauschen — das hindert sie aber nicht, deutschen Arbeitern aus nationalem Fanatismus die Köpfe blutig zu schlagen.

Frankreich.

Paris, 30. Januar. [Der Sturz Gambetta's] beschäftigt noch alle hiesigen Blätter. Noch erfortrust jubelnd aus, dass das Ereignis Europa an dem gleichen Tage bekannt geworden sei, wie die Verurtheilung des Mörders Guiteau; andere weisen auf die Unfruchtbarkeit des Ministeriums, auf die geringe Aufregung im Volke hin und behaupten, dass Gambetta's Rolle, nachdem er seine Unfähigkeit erwiesen, ausgespielt sei. Er sei in der Vertheidigung konserватiver Interessen — nämlich der Beschränkung der Befugnisse des Kongresses — gefallen, also nach rechts. Der „Voltaire“ dagegen behauptet, dass Gambetta's Ansehen nun erst recht steigen werde; er sei in der Vertheidigung demokratischer Interessen gefallen, also nach links. Den gemäßigten republikanischen Organen ist keine rechte Freude anzusehen; sie hätten eine größere Abwirthschaftung Gambettas

nach erfochtenem Siege zurückzuhören und die Mutter für sich selbst heimzuholen. Dies in kurzen, nüchternen Worten der Gang der Handlung. Prächtig gezeichnet ist der Charakter des Helden, des „deutschen Michel“, wie er genannt wird, eine soldatische, durch und durch biedere Natur, erregbar und jäh aufbrausend, aber kernig und echt. Das wahrhaft Schöne an dem Stücke ist das Vorwalten jenes echt germanischen Grundzuges der Basallentreue und umgekehrt der duvidenden Gelassenheit seitens des Herrn; im Verhältnisse Busaks zum General und ebenso in den Beziehungen zwischen Vater und Pflegejohann tritt dies ordentlich erwärrend zu Tage. Prächtig wird vom Dichter die allmäßige Wandlung von der Neigung zur jungen Kathrin bis zum Einvernehmen mit der Mutter durchgeführt, die weite Kluft aufs Natürliche überbrückt. Sehr natürlich und lebendig sind die Volkszene des ersten Aktes und der öffentliche Verkehr von Haus zu Haus, wirtschaftsam und wohl mehr historisch charakteristisch als zeitlich tendenziös die einzelnen Episoden mit dem jüdischen Händler Nebbe Liebmann, echt patriotisch durchgeführt die Szene Hans Michels mit dem dänischen Hofkriegsrath. Das ganze Stück ist entschieden das Produkt eines warmfühlenden, dem Stoffe vollkommen gewachsenen, szenisch gewandten Schriftstellers, der deutsches Fühlen und Empfinden im Rahmen ihrer Zeit treu wiederzugeben versteht. Sehr tüchtig war Herr Matthes als Hans Michel, dem außerdem auch für die wirksame Handhabung der Regie Dank gebührt. Die soldatische Derbyheit und die Charaktere der Liebe, des Zornes und der Entzagung kamen zu natürlichen Ausdruck, doch war hin und wieder die Aussprache zu undeutlich, auch schien uns die Maske etwas zu alt für einen rüstigen Fünfziger. Den Fähnrich gab Herr Magner. Er spielte mit Empfindung, ließ neben Herrn Matthes zumeist den jambischen Charakter der Dichtung durchleuchten, musste sich aber vorstellen zu hastigen Bewegungen hüten. Busak, die zweite Hauptrolle des Stücks war in Herrn Metty's Händen sicher geborgen, voll schroffer Manier und biedern Humors. In sehr liebenswürdiger Weise wusste Fr. Sorma ihre dankbare Rolle der jungen Katharine zu spielen, doch hat gerade sie sich noch besser an die sprachliche Handhabung des Werkes zu gewöhnen. Die Mutter Katharina gab Frau Wilhelmi, die alte Christiane Fr. Frey, letztere in ihrer resolut-komischen Manier. Schließlich seien auch noch Herr Für-

gensen als charakteristischer Nebbe Liebmann und Herr Wilhelm als entsprechender dänischer Kriegsrath genannt. Die Darsteller hatten sich ihren Rollen mit sichtbarer Liebe unterzogen, sie sind fast alle mehr als bloße Anhänger an die Hauptrollen. Die Abhängigkeit vom Souffleur hätte ab und zu etwas weniger fühlbar sein können.

Die „überall anerkannte Kunsthöhe“ zeigte gestern eine merkliche Lücke, der Besuch war ein sehr schwacher, er stand durchaus nicht im Verhältnis zu dem, was geboten wurde. Hoffentlich erfährt eine Wiederholung des Stücks mehr öffentliche Gunst, sie verdient dieselbe in vollem Maße. th.

Die internationale Polarforschung.

Von A. Woldt.
(Aus der „Magdeb. Ztg.“)

Auch die zweite amerikanische, für Cap Barrow an der Nordküste Amerika's unter 71 Gr. 27° u. Br. bestimmte Expedition ging, wie die „Geographischen Mittheilungen“ einige Monate später meldeten, am 18. Juli 1881 auf dem Schooner „Golden Fleece“ von San Francisco aus in See. Die Expedition steht unter dem Befehl des Lieutenants P. H. Ray, eines seit längerer Zeit an der Signal-Office angestellten Infanterie-Offiziers. Ihm assistiren G. S. Olmixon als Arzt, A. C. Dark von der Küstenvermessung als Astronom und an den magnetischen Beobachtungen, Kapitän E. P. Herendeen als Dolmetsch, Proviantmeister u. und die Sergeanten J. Cassidy, J. Murdoch und M. Smith vom Signalkorps als Beobachter. Auch diese Expedition soll neben den meteorologischen und physikalischen Beobachtungen naturhistorische Sammlungen machen und die Umgegend von Point Barrow mappiren. Den Instruktionen für die Beobachtungen beider amerikanischen Polarstationen sind die Vereinbarungen der hamburgischen Polarconferenz vom Jahre 1879 zu Grunde gelegt worden.

Über beide amerikanischen Expeditionen liegen bereits Nachrichten vor. Was zunächst den Dampfer „Proteus“, der vom Kapitän Pike befahligt wurde, betrifft, so erreichte derselbe von New-Fundland aus in neun Tagen Godhavn auf der Insel

gewünscht und ein Bemühen auch mit seiner eigenen Partei; sie fürchten, daß ihm so der Weg zur Gewalt nicht endgültig abgeschnitten sei und befürchten, daß ihm Kraft genug bleibe, um den folgenden Ministerien einen Pfahl zwischen die Räder zu schieben. Diese Voraussicht sprechen auch gambettistische Blätter aus. Nach der Sprache derselben muß das Ministerium Gambetta trotz aller ungünstigen Anzeichen auf den Sieg gerechnet haben. — Wir schließen hieran noch einige Personen auf über die weniger bekannten Mitglieder des neuen Kabinetts:

Der neue Kriegsminister Billot ist am 15. August 1828 in Chaumeil (Corrèze) geboren und hatte von 1852, wo er Lieutenant wurde, es bis 1870 zum Oberst gebracht, wurde unter der Nationalverteidigung Divisionär und zeichnete sich an der Spize des 18. Korps bei Beaune-la-Rolande und Billers-Serzel aus. In die Nationalversammlung gewählt, saß er auf der republikanischen Linke und wurde deren Führer. Ende 1875 wurde er Senator. Seit Dezember 1878 kommandiert er die 1. Division des 1. Armeekorps. Billot ist ein gewandter Redner und hat bei allen Militärgesetzen der letzten Jahre Stellung genommen. Gedenkens ist er ein besserer Minister als Saussier, der zuerst als Campenon's Nachfolger genannt wurde. — Der neue Minister des Innern und des Kultus, René Goblet, war nach einander Maire von Amiens, Generalrat im Somme-Departement, Senator, 1879 Unterstaatssekretär im Justizministerium. Der neue Justizminister Gustav Humbert ist ein Meister und bedeuternder Jurist. Im Jahre 1874 wurde er in den Senat gewählt und sprach sich 1877 gegen die Auflösung der Kammer aus. Unter dem im Dezember deselben Jahres gebildeten republikanischen Kabinett Duval wurde er zum General-Procurator beim Rechnungshof ernannt. Henry Barron (öffentliche Arbeiten) ist aus den Vogesen gebürtig. Er vertrat 1871 das Meurthe-Departement in der Nationalversammlung, wurde 1876 Senator und unter Freycinet Arbeitsminister. Sonst fungierte er häufig als Berichterstatter oder Mitglied verschiedener Spezialkommissionen für öffentliche Arbeiten und Eisenbahnfragen. — Der Handelsminister Pierre Tard war einer von den 333 Deputirten der vereinigten Linke, welche am 16. Mai 1877 dem Kabinett Broglie das Vertrauensvotum verweigerten. Der Genfer Tard, welcher nach Terny im Februar 1879 als Präsident der allgemeinen Zolltarif-Kommission fungirt hatte, übernahm kurz darauf das Ackerbauministerium. Cochet endlich erlebt als Post- und Telegraphenminister bereits das dritte Ministerium und ist bis jetzt der Einzige, welcher aus dem Kabinett Gambetta in die neue Kombination herübergenommen worden.

Rußland und Polen.

Petersburg, 30. Januar. [Skobjew's Rede] beantwortet der "Golos" indirekt, indem er ironisch die beiden von Skobjew gezogenen Unterschiede "Wolf" und "Nichtwolf" (Intelligenz) behandelt.

Der "Golos" meint, indem er sich direkt gegen die moskowiter Partei wendet, es sei seit einiger Zeit die Entdeckung gemacht worden, daß die russische Nation aus zwei Elementen bestehe, dem "Wolf" und dem "Nichtwolf"; die Kennzeichen des ersten seien Treue, Loyalität und Originalität, das Nichtwolf des russischen Europa bestände aus bewußt und unbewußt Volksverrätern. Am Wolfe sei alles ächt Russisch und schön, das vom Nichtwolf ausgehende bedeute Verrath und Rebellion. „Obgleich uns“, sagt der "Golos", „diese feinen Unterschiede nicht ganz verständlich und ersichtlich sind, so gehört es doch gegenwärtig zum guten Ton, sie immer wieder hervorzuheben, und deshalb müssen wir sie wohl oder übel als bestehend annehmen. Es darf hier nach nur eine Politik betrieben werden: die des Volkes. Deshalb weg mit der Presse, denn nur zehn Prozent des Volkes versteht zu lesen, die Katkov'sche Zeitung allein kann für diese bestehen bleiben“ u. s. w.

Zum Schluß spricht das Blatt die Hoffnung aus, daß der "günstige Duft", der in dem Bestreben liege, das "Wolf" von einem "Nichtwolf" zu trennen, durch die brennenden, ihrer Lösung harrenden Lebensfragen des Reiches zerstreut werden möge.

[Katkov], der einflussreichste Vertreter der moskauer Partei, soll aufersehen sein, die fernere Leitung der Erziehung des jugendlichen Thronfolgers zu übernehmen.

[Madame Edmond Adam] Wenn es noch eines Beweises bedurfte, daß diese Dame im Auftrage ihres Freundes Gambetta

den Besuch in Petersburg und Moskau abgestattet habe, so wird er durch die "Novoje Wremja" vom 27. d. erbracht. Das slavophile Blatt meldet nämlich, daß Madame Adam in Folge politischer Ereignisse Rußland früher verlässe, als sie beabsichtigte.

Telegraphische Nachrichten.

Petersburg, 1. Februar. Der "Regierungsbote" veröffentlicht einen falschen Uta, wonach der Finanzminister ermächtigt wird, jederzeit, ohne jedesmalige besondere Genehmigung des Kaisers, in kurzen Terminen Obligationen des Reichsschatzes emittieren zu lassen mit der Maßgabe, daß die Summe derselben inklusive der noch nicht eingezogenen Obligationen früherer Emissionen niemals 50 Millionen übersteigt, und daß jede Emission zur Kenntnis des Kaisers gebracht werde. — Mehrere Blätter melden das Winterkorn in Charlow, Poltowa und im Gouvernement Kiew sei zu Grunde gegangen. Eine Neusaat im Frühjahr sei erforderlich. Die Regierung beabsichtige eine Revision sämlicher russischen Zollämter. (Wiederhol.)

Telegraphischer Specialbericht der "Posener Zeitung".

* Berlin, 1. Februar, Abends 7 Uhr.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses leistete Lassen (Dane) den vorgeschriebenen Eid auf die Verfassung; Hörlück zeigte schriftlich an, er könne den Eid nicht leisten. Die übrige Tagesordnung, kleinere Vorlagen, wurden nach unwesentlicher Debatte rasch erledigt.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Die Livergnas. Roman von H. Willfried. (Verf. von "Doris") Verlag von S. Schottländer in Breslau. Dieser ganz eigen geartete Roman, welcher durch eine tiefe Bloßlegung der grellsten Dissonanzen in Schoe einer modernen Adelsfamilie den Leser auf's Neuerste fesselt, wenn er sieht, wie das verwitwete Haupt der Familie, eine mit vorurtheilsvollem Stolze erfüllte Frau, durch ihre falschen Grundsätze, durch ungeheuerste Verblendung das Gute unterdrückt, das Schlechte begt und alles Unheil über das Haus beschwört. Der schließliche gänzliche Zusammenbruch ihrer moralischen Härte erscheint dem Leser wie eine Erlösung von einem Banne.

* "Industrie-Blätter". Wochenschrift für gemeinnützige Erfindungen und Fortschritte in Gewerbe, Haushalt und Gesundheitspflege. Herausgegeben von Dr. E. Jacobsen (R. Gaertner's Verlag, Berlin SW., Dörfauerstraße 35). Preis vierteljährlich 3 M. — Inhalt von Nr. 1, 1882: Das Waffenstoffsuperoxyd als Bleichmittel und seine Verwendbarkeit in der Technik, Medizin und Chirurgie. — Flammschutzmittel. — Chronik der Erforschungen von Lebensmitteln &c. — Infiziertes Schweinefleisch. — Unoxydierbarer Ueberzug für Eisenwaren. — Pepin als Lösungsmittel für diphtheritische Häute. — Ueber die Anwendung von Holzkohle zur Darstellung von Sauerstoff. — Eine neue Art Fäßer. — Fischpräparate. — Zimtsäure als Antisepticum. — Verspinnung von Seidenabfällen mit vegetabilischem Fasern. — Arbeitsleistung telefonischer Ströme. — Mittel, um die Zeitlose zu vernichten. — Sicherheitspapier. — Afrikanischer Guano. — Deutsche Reichs-Patente. — Collodium-Flaschenlack. — Malen mit Majolika-Lackfarben. — Hop-Bitters, Vinegar-Bitters. — Leinölfirniß. — Bleifreie Glasuren. — Gölis Speisenpulver. — Lichtmagnet-Lampen. — Balmainsche Farben. — Schneeschmelzmaschine.

Disco in Westgrönland, nahm dort einige Eskimos mit Hunden und Schlitten an Bord auf, nahm bei den Kohlenminen von Ritenbenk die beiden Naturforscher Dr. Pavly und Mr. Clay auf und vervollständigte in Upernivik die Ausstattung an Pelzen, Hunden &c. Am 29. Juli dampfte man weiter nordwärts und machte unterwegs an einigen Punkten Halt, um sich durch Untersuchung zu überzeugen, ob die Vorräthe der von der letzten großen englischen Polar-Expedition 1875—76 daselbst hinterlassenen Depots noch brauchbar wären, falls die Expedition zum Rückzuge auf Schlitten und Böten gezwungen würde. Bereits am 5. August 1881 traf der "Proteus" bei Kap Lieber ein und hatte somit in nur 6 Tagen 2 Stunden den Weg von Upernivik, der nördlichsten Ansiedlung in Grönland, bis hierher zurückgelegt, also eine beispiellos schnelle Fahrt gemacht. Beispielsweise sei erwähnt, daß Kapitän Nares für dieselbe Strecke im Jahre 1876 34 Tage gebraucht, weil er mit ungünstigen Eisverhältnissen zu kämpfen hatte. So gelangte also der "Proteus" ohne irgend ein Hinderniß durch die berüchtigten Flaschenhälse des Smith-Sundes und des Kennedy-Kanales und nach den Versicherungen des Kapitäns Pike wäre es sogar möglich gewesen, durch den Robeson-Kanal noch weiter aufwärts bis zu dem nördlichsten überhaupt je erreichten Punkte, dem Endpunkt der Nares'schen Fahrt, "mit Leichtigkeit" vorzudringen. Am 12. August 1881 lief der "Proteus" in Lady Franklin-Bay in den ehemaligen Winterhafen des Nares'schen Schiffes "Discovery" ein und landete dort die Expedition. Als "Proteus" eine Woche später wieder heimwärts dampfte, waren die Expeditionsmitglieder unter Lieutenant Greely mit dem Errichten der Gebäude beschäftigt und hatten ihre Vorräthe bereits durch reiche Jagdbeute, Fleisch von 14 Moschusochsen und zahlreichen Schwimmwölfen ergänzt. Bereits am 11. September lief der "Proteus" wieder in den Hafen von St. John in Newfoundland ein.

Das ist doch wahrlich ein glückverheiender Anfang der internationalen Polarforschung! Eben so glücklich war auch die Fahrt der zweiten amerikanischen Expedition an Bord des Schoners "Golden Fleece". Der Befehlshaber der Unternehmung, Lieutenant Ray, gelangte

am 8. September 1881, nur wenig gehindert durch Eis, nach Point Barrow, wählte daselbst, anderthalb englische Meilen von dem Eskimodorf Doglaamie, einen Punkt zur Errichtung der Station und landete mit Hilfe der etwa 150 Personen an Zahl beträgenden Einwohner schnell seine Vorräthe. "Golden Fleece" trat am 17. September die Rückreise an und traf am 4. November 1881 wieder in San Francisko ein.

Nachdem auf der petersburger Polarkonferenz (1. bis 6. August 1881) das Unternehmen der neuen internationalen wissenschaftlichen Polarforschung sich als vollständig gesichert und bereits theilweise in Angriff genommen herausstellte, erschien es angemessen, daß bereits auf der hamburgischen Konferenz vereinbarte wissenschaftliche Programm noch einmal berathend durchzugehen und durch eine definitive Redaktion der Instruktion für die Polarexpeditionen eine feste und unzweideutige Grundlage zu schaffen, auf welcher fügend die Spezialisten in den verschiedenen Ländern die Detail-Instruktionen für ihre respektiven Expeditionen in allen für die Vergleichbarkeit wichtigen Punkten übereinstimmend ausarbeiten könnten. Es wurden auch bei dieser Beratung die Beschlüsse der ersten Polarkonferenz zu Hamburg vom Jahre 1879 im Wesentlichen unverändert als Norm beibehalten.

Somit hatte das in Deutschland geborene, vor einer deutschen Gelehrten-Versammlung zuerst vorgetragene, in einer deutschen Stadt zuerst berathene Projekt der wissenschaftlichen internationalen Polarforschung in großen Zügen diejenige Gestaltung erhalten, welche ein deutscher Gelehrter, Direktor Neumayer, vor bereits etwa zwei Jahrzehnten für die antarktische Forschung vorschlug; sowohl der frühere wie der gegenwärtige Präsident der internationalen Polarkommission sind Deutsche, und was noch mehr ist, zum ersten Male, seitdem es internationale wissenschaftliche Unternehmungen gibt, bedient man sich bei den Birkularen der deutschen Sprache. Es mag gestattet sein, den Wortlaut des hierauf bezüglichen Schriftstückes mitzutheilen. Der Präsident der internationalen Polarkommission, Direktor Wild in Petersburg, versandte am 30. November 1880 folgendes Birkular an die Mitglieder: „Ich benutze die erste Nachricht, welche mir

* Der kleine, mittlere und große Grundbesitz der Provinz Posen und der ihr verwandten Landesteile. Von einem Landwirth. Berlin, Verlag von Friedrich Luchardt. Das vorliegende Buch darf das Interesse unseres Leserkreises in besonderem Grade in Anspruch nehmen, da es sich mit den Verhältnissen des Grundbesitzes unserer Provinz speziell beschäftigt und augenscheinlich von einem mit diesen Verhältnissen völlig vertrauten Landwirth geschrieben ist. Der Verfasser beabsichtigt mit seinem Werke einen Beitrag zur Lösung der agrarischen Frage zu liefern. Der größere Theil des Buches ist dem Nachweise gewidmet, daß die gegenwärtige Vertheilung des Grundbesitzes unabwendlich große Nachtheile für das Volkswohl in ihrem Gefolge hat. Der Verfasser konstruiert sich auf Grund statistischer Unterlagen drei Durchschnittsbesitzungen, entsprechend der mittleren Größe des kleinen, mittleren und großen Grundbesitzes und berechnet sodann mit stupulöser Genauigkeit und Gründlichkeit die Reinerträge dieser Durchschnittsbesitzungen. Er deutet die Schäden schamlos auf, welche durch die bestehende Zersplitterung des Grundbesitzes herbeigeführt werden, und zieht schließlich daraus die Konsequenzen, welche ihn in die Bahnen des Staatssozialismus führen. Sie sind in Kürze folgende: Der kleine Grundbesitz liefert in der Provinz Posen die niedrigste, der mittleren die mittleren, der große die höchsten Reinerträge. Das unbeschränkte Verfügen über Grund und Boden im Osten der preußischen Monarchie von Seiten Privater zieht so schwerwiegender nationalökonomische, politische und soziale Nachtheile mit sich, daß dem Staate das Recht eingeräumt werden muß, für die drei Grundbesitzarten im Allgemeinen die durchschnittliche Größe ihrer Besitzungen, die von jeder Art des Grundbesitzes einzunehmende Fläche, den Grad ihrer Verschuldbarkeit und die Art ihrer Vererbung zu bestimmen, um so den üblichen Folgen vorzubeugen, welche die freie Disposition über Grund und Boden mit sich bringt. Die Größe der Besitzungen normiert der Verfasser mit Rücksicht auf Boden, Kulturstand und Klima in Posen wie folgt: Für den kleinsten Grundbesitz als Maximum 2,5 Morgen, für den kleineren 60 bis 160 Morgen, für den mittleren 160 bis 180 Morgen, für den größeren als Minimum 1100 Morgen landwirtschaftlich nutzbar Fläche, also ohne Hofraum &c, endlich für den größten Grundbesitz, dem hauptsächlich die für die Forstfultur geeigneten Flächen zufallen würden, als Minimum einen jährlichen Reinertrag von 100,000 M. Besitzungen von 2,5 Morgen an bis zu 60 Morgen, dürfte es nicht geben, da erst bei mindestens 60 Morgen die Spannfähigkeit eintritt, die erste Bedingung zu einem rationellen landwirtschaftlichen Betriebe. Die Größe der einzelnen Besitzungen des kleineren Grundbesitzes von 60 Morgen an bis zu der des mittleren könnte eine beliebige sein. Bei dem mittleren Grundbesitz soll die Größe nicht mehr als etwa 180 Morgen betragen, damit ihre Besitzer und deren Familien genügt sind, vornehmlich ihre körperlichen Kräfte zu brauchen. Die Vereinigung beliebig großer Flächen in der Hand eines Besitzers, ohne staatlichen Zweck, ist vom Staat thunlich zu hindern. Besitzungen des kleinsten Grundbesitzes sollen beliebig verkauflich, verschuldbar und vererbbar sein; Besitzungen des kleineren Grundbesitzes aber nur in ihrem vollen Bestande verkauflich und vererbbar und nur bis zu 1/4 ihres Wertes verschuldbar; die Besitzungen des mittleren Grundbesitzes sollen unverkäuflich, untheilbar, nur bis zu 1/4 ihres Wertes verschuldbar sein und an den Erstgeborenen des Mannesstammes vererben; ebenso auch die Besitzungen des größten Grundbesitzes. Dagegen sollen die Besitzungen des größeren Grundbesitzes beliebig verkauflich, bis zu 1100 Morgen herab theilbar sein, doch nur in Flächen von 1100, 160 bis 180, 60 und 2,5 Morgen. In welche dieser Flächen die Theilung stattfindet, bestimmt der Staat. Sie sollen ferner beliebig vererbbar und verschuldbar sein, wenn auch eine höhere Verschuldung, als bis zu 1/4 ihres Wertes, dem Besitzer seine soziale Stellung nimmt. Den Bestand, die Zu- und Abnahme der Anzahl von Besitzungen für jede Grundbesitzart regelt und bestimmt der Staat, damit sein Besitzen nicht abhängig sei von Bevölkerungsschichten, deren Entstehen dem Zufall überlassen war. Sicher wird dies von dem Verfasser befürwortete Eingreifen der Staatsgewalt in den Privatbesitz von vielen für sehr bedenklich und einstweilen unausführbar erachtet werden; trotzdem aber sind wir überzeugt, daß auch diejenigen Leute, welche den Schlußfolgerungen nicht zustimmen, dies ebenso gedankenreiche wie gründliche Werk nicht ohne Befriedigung aus der Hand legen werden. (Landwirtschaftl. Zentralbl. für die Provinz Posen.)

* In an Turgenjew's jüngste Schöpfung: "Ein Deutscher" wird im Februarheft der "Deutschen Rundschau" erscheinen. Es ist eine "Erinnerung" an seinem Leben, welche wie man uns mittheilt — an Kraft und Frische sich dem Besten anreicht, was wir dem bewährten Verfasser von "Väter und Söhne", "Neuland" &c. verdanken.

von einem wirklichen Fortschritt in unserer gemeinsamen Angelegenheit zugekommen ist, um mich mit den Mitgliedern der Kommission durch ein Birkular in Beziehung zu setzen. Beauftragung der Kontinuität in den Arbeiten und Korrespondenzen der internationalen Polarkommission werdet ich in diesen Birkularen die deutsche Sprache, die wenigstens zur Zeit allen Mitgliedern bekannt ist, beibehalten und die Nummer derselben an die des letzteren Birkulars des Herrn Neumayer anschließen.“

Und Deutschland selbst? Seine beiden Delegirten hielten sich, wie bereits bemerkt, von der Petersburger Polarkonferenz fern, denn in demselben Birkular, in welchem Präsident Wild die Beibehaltung der deutschen Sprache für die Korrespondenz mittheilte, in der er die endgültige Vertheilung Schwedens durch die Opferwilligkeit des Herrn L. O. Smith meldete, befand sich auch zugleich die betrübliche Kunde, daß der mächtige Kanzler des deutschen Reiches die Ausführung des Projektes der deutschen Kommission abgelehnt habe. Indessen scheint es, daß mit dieser Zurückhaltung Deutschlands nur ausgedrückt werden sollte, daß man abwarten wollte, was die übrigen Nationen in dieser Angelegenheit thun würden. Bereits am 14. September 1881, als das neue Dienstgebäude der deutschen Seewarte in Gegenwart des Kaisers Wilhelm und vieler seiner Räthe, so wie einer Korona deutscher und fremder Meteorologen eingeweiht und seiner Bestimmung übergeben wurde, verlautete es unter der Hand, daß die deutsche Reichsregierung dem nächsten Reichstage eine Vorlage, betreffs Vertheilung Deutschlands an der internationalen Polarforschung zugehen lassen werde. In der That ist dies nunmehr geschehen, und der Staat für das Reichsamt des Innern auf das Statsjahr 1882—1883 stellt unter den einmaligen Ausgaben (Kap. 3 Tit. 5) den Betrag der Kosten des deutschen Reiches an internationalen Polarforschungen auf 300,000 Mark auf.

(Schluß folgt.)

Locales und Provinzielles.

Bösen, 1. Februar.

[Zu dem Falle Beningen-Förder] wollen wir uns selbständiger Betrachtungen zunächst enthalten. Nicht verschweigen aber wollen wir, welchen Eindruck derselbe, und zwar speziell die Versezung des verurtheilten bisherigen Landrats hierher, nach Bösen, anderwärts zu machen scheint. So wird der "Breslauer Ztg." aus Berlin geschrieben:

"Die Versezung des verurtheilten Landrats nach Bösen wird in der Bevölkerung mit sehr gemischtem Empfinden aufgenommen. Speziell die Auswahl des neubegliederten Bezirks erweckt Kopfschütteln. Wenn tatkräftiges Verhalten, mäßvolles Auftreten, rücksichtsvolles Vermitteln irgendwo möglich ist, so ist es in Bezirken mit gemischter Bevölkerung. Allerdings wird der neue Wirkungskreis anscheinend mehr die exekutive als die verwaltende Tätigkeit des Herrn von Beningen-Förder erfordern. Eines steht aber fest: ein sehr großer Theil der Bevölkerung von Bösen wird dem neuen Hilfsarbeiter des Polizeipräsidiums nicht mit dem Vertrauen entgegenkommen, das nun einmal zur geistlichen Entwicklung notwendig ist. Es könnte freilich vom Standpunkte der Stärkung ihrer Reihen bedachten Liberalen nur freudig begrüßt werden, wenn die Regierung Fehler macht, welche gemäßigte Konervative in hellen Hauen in ihre Reihen treibt. Die inzwischen ausgesprochene Verurtheilung ist durch die Versezung längst paralysiert worden. Vielleicht wird gar der Senat der Stadt Lübeck noch vermocht werden, die Begnadigung auszusprechen. Aber selbst, wenn es nicht geschieht, — man hat die Empfindung, daß die Verurtheilung dem bisherigen Landrat nichts geschadet hat. Und das ist das Bedauerlichste an dem ganzen Vorfall."

Wahl zum Provinzial-Landtag. Bei der heutigen stattgefundenen Wahl zum Provinzial-Landtag für die Städte der Kreise Schrimm, Schroda, Pleißen und Wrechen wurden als Provinzial-Landtagsmitglied der Bürger Gołdziewski-Schroda und zu stellvertretenden Provinzial-Landtagsmitgliedern die Bürger Swinarski-Schrimm und Iboralski-Pleschen gewählt. Die Städte der gen. Kreise sind bisher die einzigen in unserer Provinz, die im Provinzial-Landtag durch einen Polen vertreten wurden und nach Obigem auf Weiteres durch einen Polen vertreten werden.

r. Das Projekt einer beschränkten Kanalisation in der Stadt Bösen wurde der Stadtverordnetenversammlung in der heutigen Sitzung Seitens des Magistrats vorgelegt; es sollen die festen Stoffe durch diese Kanalisation nicht abgeführt, und die Kosten von den Hausbesitzern nach Mazzette des Gebäude- und Nutzungswertes aufgebracht werden. Das Projekt wurde einer aus 25 Mitgliedern bestehenden Kommission zur Prüfung überwiesen.

r. In Angelegenheit des Theaterbaues ist nunmehr eine Einigung zwischen dem Baumeister Wilke, welcher den Bau ausgeführt hat, und der Stadtgemeinde Bösen angebahnt worden. Wie früher schon mitgetheilt, hatte Herr Wilke für Mehrarbeiten einen Anspruch in Höhe von 86,000 Mark erhoben, von denen der Magistrat jedoch nur 32,000 Mark anerkannt hatte. Nachdem nun inzwischen Herr Wilke seine Ansprüche auf 47,000 M. herabgesetzt hat, unter der Bedingung jedoch, daß er diesen Betrag bis zum 6. Februar d. J. erhalte, beschloß die Stadtverordnetenversammlung in ihrer heutigen Sitzung, die Summe von 47,000 M., sowie einen Restbetrag von 1192 M. für Deforerationen z. dem Magistrat aus dem Reichsinvalidenfonds-Darlehen vorschußweise zur Besteitung von Theater-Bauosten mit der Bedingung, daß die Bauzeichnungen später der Versammlung vorgelegt werden, zu bewilligen.

r. Über die Wahl des Schulvorstandes, welche am 26. v. M. in Ober-Wilda stattfand, hatten wir von glaubwürdigster Seite einen Bericht erhalten, den wir in Nr. 73 der Zeitung abdrucken. Gewordenen Rallationen folge haben wir nunmehr nochmals an kompetenter Stelle Erkundigungen eingezogen, denen zufolge jener Bericht allerdings in manchen Punkten nicht mit den Thatjahren übereinstimmt, wahrscheinlich eine Folge davon, daß er wohl auf Angaben beruhte, die von einer der streitenden Parteien herrührten, so daß die andere, unterlegene Partei dadurch in einem nicht richtigen Lichte erscheint. Nach der unparteiischer kompetenter Seite uns nun zugegangenen Mittheilung verhält sich die Sache folgendermaßen: Das königl. Distriktsamt hatte zum 26. v. M. eine Schulvorstandswahl anberaumt, und zu diesem Gebüse alle Wahlberechtigten der betreffenden Ortsgemeinden (d. h. Hausväter, welche Schulbeiträge zahlen) dazu mittels Currende eingeladen. Als nun im Schulhause zu Ober-Wilda unter Vorsitz des königlichen Distriktskommissarius die Wahl beginnen sollte, hatten sich ungewöhnlich viele Wahlberechtigte eingestellt, unter diesen auch in bedeutender Anzahl die Maschinbauern z. c., welche in den betr. Ortsgemeinden wohnen. Dieselben führten Beschwerde darüber, daß sie nicht durch Currende eingeladen worden seien, und es stellte sich allerdings heraus, daß in Folge mangelhafter Umhertragung der Currende, viele Wahlberechtigte nicht von der bevorstehenden Schulvorstandswahl waren benachrichtigt worden. Es wurde nun von der einen Partei, derjenigen der Wirths z. c., welche sich in der Minorität befand, mit Hinweis auf die mangelhafte Benachrichtigung der Wahlberechtigten, Anberaumung eines neuen Wahltermins gefordert, während die andere Partei, die den Maschinbauern und Eisenbahnbeamten z. c., welche in der Majorität war, Abhaltung der Wahl verlangte. Der Wahlvorsteher entschied dahin, daß die Wahl stattzufinden habe. Natürlich brachte nun die Majorität ihre Kandidaten durch, ging auch auf den Vorschlag der Minorität, wenigstens einen der Wirths zu wählen, nicht ein. Daß danach die Stimmung eine ziemlich erregte war, ist selbstverständlich; doch verbiegt sich die Minorität (die der Wirths z. c.) ruhig und beschränkte sich darauf, daß Wahlprotokoll nicht zu unterschreiben. Ein Herausdrängen oder Herauswerfen der Minorität hat nicht stattgefunden, diese räumte vielmehr freiwillig das Feld. Über eine Prüfung, die Abends zwischen den beiden streitenden Parteien stattgefunden, und bei welcher die Wirths den Kürzeren gezogen haben sollen, haben wir Authentisches nicht in Erfahrung bringen können.

r. Der Zweigverein der Kaiser-Wilhelms-Stiftung für die Stadt Bösen hielt am 31. v. M. Abends 8 Uhr im Börsensaale seine statutenmäßige Generalversammlung ab. Den Vorsitz führte an Stelle des erkrankten Vorsitzenden des Vereins, Polizeipräsidenten Staudn, der Regierungs-Rath Gabel. Derselbe erstattete zunächst den Bericht über die Verwaltung während des abgelaufenen Geschäftsjahrs und über den Stand der Vereinsangelegenheiten. Diesem Berichte ist folgendes zu entnehmen: Die Erfüllung der dem Vorstande statutenmäßig obliegenden Pflicht ist demselben erfreulicher Weise auch im abgelaufenen Geschäftsjahr bei allen ihm zugegangenen und hinreichend begründeten Geuchen möglich gewesen. Wo nur die Möglichkeit einer Schädigung der Antragsteller durch den letzten Krieg nicht ganz abzuweisen war, ist von dem Vorstand in mildester Auslegung des Statuts Hilfe gewährt worden. Die Zahl der Mitglieder hat sich von 328 am Ende des Jahres 1880 auf 326 am Ende des Jahres 1881 vermindert; die Beiträge sind von 1406 M. im Vorjahr auf 1287 M. im Jahre 1881 herabgegangen. Der Vorstand hofft gleichwohl, daß das Gefühl der Dankbarkeit für die Opfer des Krieges 1870/71 nicht erloschen und dem Vereine wieder neue Mitglieder zuführen werde, um den Vorstand in den Stand zu setzen, den etatsmäßigen Verpflichtungen auch fernerhin in dem notwendigen Maße genügen zu können. Es sind im verflossenen Jahre bewilligt worden: einmalige Unterstützungen

1273 M., fortlaufende Unterstützungen 1174 M., zusammen 2447 M., und zwar an 17 Invaliden und an die Eltern, Witwen oder Kinder von 23 verstorbenen ehemaligen Kriegern. Die in früheren Jahren bewilligten Darlehen sind vollständig getilgt, resp. ist der Rest eines solchen mit Rücksicht auf die Bedürftigkeit der Darlehsnehmerin erlassen worden. Nach dem Rassenbericht betrugen die Einnahmen 3161 Mark, davon Rassenbestand 309 M., Beiträge von 326 Mitgliedern 1287 M., Beihilfen 1490 M. (260 M. von dem Verwaltungsausschuß der Kaiser-Wilhelms-Stiftung in Berlin, 900 Mark von dem Herrn Ober-Präsidenten aus Provinzialfonds, 300 M. von der königl. Kreiskasse hier selbst als Beitrag pro 1880/82, Geschenk des Buchhändlers Lewysohn 30 M.), Zinsen von 1500 M. Pfandbriefen 60 M., Abzahlungen auf Darlehen 15 M. Die Ausgaben betrugen 2642 M., wovon 1273 M. an einmaligen Unterstützungen, 1174 M. an laufenden monatlichen Unterstützungen, 195 M. an Verwaltungskosten. Der Bestand am Ende des Jahres 1881 belief sich demnach auf 519 M.; außerdem ist ein Reservesfonds in Höhe von 1500 Mark in Böser Pfandbriefen vorhanden. — Die Revisionsskommission hat die Rechnungen revidirt und Ertheilung der Decharge beantragt, welche von der Versammlung dem Vorstande auch gewährt wurde. Alsdann wurde zur Vorstandswahl geschritten. Die bisherigen Vorstandsmitglieder: Polizeipräsident Staudn, Regierungs-Rath Gabel, Dr. Rosenfeld, Landgerichtsrath Gregor, Apotheker Kirschftein wurden wiedergewählt; zu Stellvertretern Buchhändler Lewysohn und Stadtphysikus Schmidt, zu Mitgliedern der Revisionsskommission Kaufmann Blumenthal und Wasserleitungs-Techniker Wittthub gewählt. Auf Antrag des Kaufmanns Gehlen erhob sich alsdann die Versammlung, um das Andenken des verstorbenen Kaufmanns Sal. Löwinsohn, Mitglied des Revisionss-Kommission, zu ehren. Damit erreichte die Versammlung ihr Ende.

r. Stiftung für unbemittelte Inhaber des Eisernen Kreuzes.

Aus den am 1. Januar d. J. fällig gewordenen Zinsen der bei Gelegenheit der 50jährigen Dienst-Jubiläum des Königs gearbeiteten Stiftung für unbemittelte Inhaber des Eisernen Kreuzes vom Feldwebel abwärts ist auf den vom Könige genehmigten Vorschlag des Kriegsministeriums 32 Invaliden durch Vermittelung der General-Kommandos ein Geldgeisen von je 60 M. angewendet worden. Aus der Provinz Bösen befinden sich unter diesen Invaliden: Karl Jockes zu Gnesen, Johann Wilhelm Günther zu Bösen, Georg Mackowiak zu Ganzleino (Kr. Schroda).

r. Verhaftet wurde gestern Nachmittags ein Bettler aus Schwerin, welcher auf der Bronkerstraße von Laden zu Laden zog und dort bettelte. Auf dem Wege zum Polizeigewahrsam widerstand er sich in der Neuenstraße dem ihn führenden Schuhmann, griff ihm mit beiden Händen in den Bart und beleidigte ihn mit Schimpfwörtern. Verhaftet wurde gestern Abends 11 Uhr durch einen Nachtwächter ein Tischlergeselle, welcher vorsätzlich mehrere Fenstercheiben einer Kellerwohnung in der Schuhmacherstraße zertrümmerte. — Verhaftet wurden ferner gestern Mittags zwei Knechte aus Fabianowo, welche auf der Kaponiere dadurch großen Unsug verübt haben, daß sie einem an ihnen vorbeifahrenden Verwaltung von außerhalb die Mütze vom Kopf rissen und dieselbe sich gegenseitig zuwarten.

r. Diebstähle. Verhaftet wurde gestern ein Schaffner, welcher bei dem bereits mitgetheilten im Hause Gr. Gerberstraße 17 verübten Diebstahl beteiligt gewesen ist. — Am 31. v. M. Abends wurde einem hiesigen Brauereibesitzer 1 Tonne Bier, welche zum Verladen auf die Straße niedergelegt war, gestohlen. — Verhaftet wurde gestern Abends ein Arbeiter von hier, welcher vor längerer Zeit einen Sac mit Federn gestohlen hatte.

□ Frankfurt, 31. Januar. [Zuckerfabrik. Begräbnissverein.] Die hiesige Zuckerfabrik hat vor einigen Tagen ihre erste Kantuagnie beendet und ein Rübenquantum von ca. 277,000 Ztr. verarbeitet. — Nach dem vom Begräbnissverein veröffentlichten Jahresbericht pro 1881 gehören z. B. dem Verein 575 Mitglieder an und beläuft sich das Vermögen derselben auf 9969,06 M.

△ Ans dem Kreise Buk, 31. Januar. [Sekundärbahnhof Grätz-Opalenica. Tollwuth. Landbeschäler.] Die auf der Strecke Grätz-Opalenica durch das Auslegen von Steinen auf die Eisenbahnschienen wiederholt vorgefommene Gefährdung der Eisenbahnzüge hat das Landratsamt zu Neutomischel veranlaßt, in einer Bekanntmachung vor so unverantwortlichen und gefahrdrohenden Handlungen zu warnen und auf die in den §§ 315—318 des Strafgesetzbuches des deutschen Reiches enthaltenen Strafbestimmungen aufmerksam zu machen. — Die in den Ortschaften Lenzen-Hauland, Dastzembis, Porazyn und Rudnik polizeilich angeordnete Anstellung der Hunde ist wieder aufgehoben worden. — Im hiesigen Kreise sind drei Bechäl-Stationen und zwar zu Altomischel, Neustadt b. P. und Słomno eingerichtet worden, auf welchen 8 Landbeschäler beden werden.

Schrimm, 31. Januar. [Strafbaummer. Schneider-Verein.] Der frühere Bureau-Assistent Hillner befand sich Ende voriger Woche wegen Gotteslästerung, Beamtenbeleidigung, Sachbeschädigung u. s. w. auf der Anklagebank der hiesigen Strafammer. Der Staatsanwalt beantragte eine Gesamtstrafe von 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis; doch beschloß der Gerichtshof in Folge des Gutachtens des Sanitätsraths Kreisphysikus Dr. Litthauer, den Angeklagten beabsicht Unterstellung seines Geisteszustandes einer Irrenanstalt zu überweisen. — Seit der Einführung der Gewerbeordnung gab die hiesige Schneider-Innung kein Lebenszeichen von sich. Nachdem nun am 27. Dezember v. J. im Magistratsaal der Vorstand der Innung, bestehend aus den Meistern A. Schwarz, Obermeister, J. Glas, Kassenführer, H. Wolff, Schriftführer, und Osseryński, Mikolajczyk, A. Michel, Stellvertreter, gewählt worden war, fand vorgestern die Einführung derselben durch den Vorsitzenden Stadtsekretär Paternost statt. Der Obermeister Schwarz hielt nach der Vereidigung mittels Handschlags eine längere Ansprache über die Bedeutung des Handwerksstands und über das Pfuscherwesen und schloß mit einem Hoch auf den Kaiser.

○ Piinne, 31. Jan. [Darlehnsverein. Trichinen.] Gestern fand die statutenmäßige Generalversammlung des hiesigen Darlehnsvereins statt. Dem Rechenschaftsbericht des Rendanten entnehmen wir folgende Daten: das Guthaben der Vereinsmitglieder, welche die Zahl 156 erreicht, beträgt 32,855,96 M., der Reservesfonds beträgt 770,55 M., an Darlehen sind aufgenommen 465 M. und die Einlagen in der mit diesem Vereine verbundene Sparkasse betragen 16,202,4 M. An Darlehen wurden für das Jahr 1881 bewilligt 193,585 M., die einen Netto-Erlös von 243,288 M. ergaben und die in Höhe von 7 Prozent als Dividende zur Vertheilung kamen. — Trichinen wurden im Laufe voriger Woche in zwei hier geschlachteten Schweinen gefunden und das Fleisch auf polizeiliche Anordnung vernichtet. Den Schaden trug in beiden Fällen der Zentral-Bieh-Versicherungsverein zu Berlin. In Folge der hier öfter vorkommenden Schadensfällen hat sich der betreffende Versicherungsverein genötigt gesehen, die Prämien um etwas zu erhöhen.

—z. Schwerin a. W., 31. Januar. [Hilfsverein. Feuerwehr.] Der "Schweriner Hilfsverein" in Berlin, dessen Tendenz die Unterstützung Bedürftiger aus hiesigem Orte ohne Unterschied der Konfession ist, veröffentlicht seinen Jahresbericht pro 1881, dem wir folgendes entnehmen: Der Fonds des Vereins betrug im Vorjahr 28,750 M. und wurde durch diverse Schenkungen auf 31,950 M. vermehrt. An Beiträgen der Mitglieder wurde vereinnahmt 4419 M., Rückzahlung von Darlehen 45 M., Zinsen von Fonds 1297,75 M., Sammlung zur Generalversammlung 227,25 M. Baarbestand 883,45 M. Hingegen wurde verausgabt an Unterstützungen 4838 M., an Darlehen 690 M., für Insolation, Drucksachen und Untofsten 358,80 M. Die mit dem Vereine verbundene R. Oppenheim-Stiftung besitzt ein Grundkapital von 1800 M. — Zur Förderung der Übungen des hier bestehenden freiwilligen Feuerwehrkorps wurde von der städtischen Verwaltung der Bau eines Steigerhauses beschlossen.

? Wongrowitz, 30. Januar. [Unsug. Vortrag.] Am

Donnerstag hat sich ein alberner Mensch den verwerflichen Scherz gemacht, in einem anonymen Briefe dem Magistrat anzuflügen, daß dieser Tage verschiedene, besonders namhaft gemachte Häuser der hiesigen Stadt in Flammen aufgehen würden. Dieser Streich beunruhigt ängstliche Gemüther und hat um so fruchtbareren Boden gefunden, als aus Anlaß des Unstandes, daß ausfällig an den drei ersten Donnerstagen dieses Jahres hier Feuer entstanden ist, sich schon vorher das Gerüst verbreitet hatte, daß nach und nach und zwar jeden Donnerstag die ganze Stadt niedergebrannt werden sollte. Einzelne Gutsbesitzer haben sich in Folge dieser beunruhigenden Gerüchte veranlaßt gesehen, ihre Polizen nachzusehen und diesenjenigen, welche die Versicherung den jetzigen Preisverhältnissen nicht angemessen finden, zeigen sich nun eifrig bestrebt, eine Erhöhung eintreten zu lassen. Hoffentlich wird es gelingen, den Unruhestifter zu ermitteln und zur Bestrafung zu ziehen. — Herr Lehrer Dr. Hockenbeck, welcher den Anfang machte mit den für die Winter zu wohltätigem Zwecken stattfindenden Vorträgen, sprach über die alte Geschichte von Wongrowitz und entrollte ein interessantes und belebendes Bild aus der Zeit vergangener Jahrhunderte. Der Vortragende ist in der Geschichte der hiesigen Stadt gut bewandert. Derselbe hat sich nämlich mit Vorliebe schon seit Jahren damit beschäftigt und dieselbe mit vielem Eifer studirt, auch schon einzelne Abschnitte der Geschichte der hiesigen Stadt der Öffentlichkeit übergeben.

+ Birke, 31. Januar. [Standesamt. Kommunal-Wahlen. Lehrerwahl.] Im Jahre 1881 sind bei dem hiesigen Standesamt 291 Geburten und 170 Todesfälle angemeldet worden, Chefschließungen wurden 42 vollzogen. — Der Ackerbürger Fr. Kapelski ist als Schiedsmann und der Schornsteinfegermeister Fr. Hoppe als dessen Stellvertreter auf drei Jahre für die Stadt gewählt und bestätigt worden. — In der Stadtverordneten-Versammlung ist der Maurer- und Zimmermeister Lindemann als Vorsteher, Kaufmann Blonski zu dessen Stellvertreter, Schlossermeister Thiel als Schriftführer und Kaufmann Brochowiz zu dessen Stellvertreter gewählt worden. In die Armendepuration sind die Stadtverordneten Lieske und Kopernik und die Bürger Kuklynski und Lebmann gewählt worden. Als Vorsteher fungiert Magistratschöffe L. Simonow. Zur Deputationswahl ist der Stadtverordnete Böttcher A. Klosowski, Bürger Thomas und Lobecki gewählt, den Vorsitz führt der Magistratschöffe Kapelski. Zur Felddeputation sind die Stadtverordneten E. Kapelski und Stolsz und die Bürger W. Horn und G. Heinkel gewählt, den Vorsitz führt der Magistratschöffe Boje. — An Stelle des zum 1. April d. J. von hier abgehenden Lehrers Hesse wurde der Lehrer Kowalczyk aus Sieczkowo gewählt.

4. Bojanowo, 30. Januar. [Kaiser-Wilhelm-Stiftung. Musikalisch-deklamatorische Abendunterhaltung.] Gestern fand hier die statutenmäßige Generalversammlung der Mitglieder des Zweigvereins der Kaiser-Wilhelm-Stiftung statt. Der Vorsitzende Bürgermeister Kolisch begrüßte die Versammlung und trat sodann in die Tagesordnung ein. Aus dem vom Schatzmeister Kaufmann Starke gelegten Jahresbericht war ein baarer Überblick von 293 M. ersichtlich; derselbe wurde zu Unterstützungen für Militär-Invaliden-Kinder und zur örtlichen Armenpflege für das Jahr 1882 verwendet. Es wurde beschlossen, den Verein auch im Jahre 1882 aufrecht zu erhalten. Die Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt, in Stelle des Kaufmann Petter, welcher durch Krankheit öfters an der Theilnahme verhindert wird, wurde Distritts-Kommissarius Weßling gewählt, welcher die Wahl annahm. — Gestern Abend kam im Saale zum Deutschen Hause eine musikalisch-deklamatorische Abendunterhaltung von Schülern und Schülerinnen der hiesigen Bürgerchule zur Aufführung. Die Aufführung ist in jeder Beziehung eine gelungene zu nennen. Sowohl Herr Rector Buchholz als auch Herr Kantor Niedel hatten keine Mühe gescheut um den Anwesenden einen genügsamen Abend zu bereiten. Die Einnahme betrug 76 M. Brutto, der Netto-Ertrag wird der Krug-Stiftung überwiesen. Es wäre zu wünschen, daß dieser Stiftung noch recht oft dergleichen Einnahmen zustießen möchten.

— Schneidemühl, 30. Januar. [Stadtverordneten-Sitzung. Wohnungsmietbeträgen. Tollwuth. Cementfabrik.] In der vorigen Sitzung der Stadtverordneten erregte der Antrag des Magistrats betreffend die Festsetzung der Baustrecklinie in der Zeughausstraße eine lebhafte und sehr lange Debatte. Der Magistrat ist der Ansicht, daß die erwähnte Straße wegen des lebhaften Verkehrs zur Vermeidung von Unglücksfällen erweitert werden müsse und hat von dem Rechtsanwalt Gabel hierbei auf Grund des Gesetzes vom 2. Juli 1875 und des Ortsstatus vom Jahre 1879 hinsichtlich der event. Entschädigung der Adjazenten ein Rechtsgratachten eingeholt. Nach demselben würden die Adjazenten zwar entschädigt werden müssen, doch würde die Entschädigung erst dann gewährt werden, wenn die Stadtgemeinde das betreffende Territorium faktisch in Besitz nehmen würde, doch könnte die Kommune wiederum bei etwaiger Erbauung der Straße einen Kompenationsanspruch geltend machen. Der Antrag wird schließlich aber nur mit sehr geringer Majorität angenommen. — Auch der Antrag der hiesigen katholischen Schulgemeinde auf nachträgliche Billigung einer Geldentschädigung für das zum Erweiterungsbau der katholischen Schule und zwar speziell zu den Thüren und Fenstern, so wie zu den Wirtschaftsgebäuden erforderlich gewesene Holz, rief, da der Magistrat die Ablehnung des Antrages befürwortete, gleichfalls eine lebhafte Diskussion hervor. Die königliche Regierung hat bereits entschieden, daß nach dem Allgemeinen Landrecht die Magisträte in den Städten zur Hergabe jenes Holzes verpflichtet sind, wenn in den Liegenschaften hinreichend Holz vorhanden ist. Bürgermeister Wolff führt aus, daß diese Verpflichtung nur dann den Magisträten obliege, wenn derselbe Patronatsrechte über die Schulen ausübe und das sei hier nicht der Fall. Die Versammlung beschließt jedoch in Berücksichtigung, daß hiesigen Bürgern die Entschädigung zu Gute komme, obwohl eine Verpflichtung nicht anerkannt wird, ausnahmsweise die Kosten zu bewilligen. — Dem Antrage auf Bildung einer Sanitätskommission wird zugestimmt und in dieselbe Bürgermeister Erbgut, Kaufmann G. Asch, Fabrikbesitzer Ernst Schneider, Ziegelseitler G. Brandt und Gashofsbesitzer H. Gallert gewählt. — Auf die Petition der hiesigen Volkschulebner wegen Erhöhung des Wohnungsmietschädigungssatzes hat der Kultusminister die Schulvorstände angewiesen, vom 1. April cr. ab den verheiratheten Lehrern einen Wohnungsmietssatz von 240 M. jährlich zu zahlen, hinsichtlich der unverheiratheten Lehrer aber den Wohnungsmietssatz auf den Satz von 120 M. zu belassen. — In letzter Zeit haben sich in der Umgebung von Kolmar i. P. mehrere Hunde gezeigt, welche der Tollwuth höchst verdächtig waren. Auch ist in Krumle ein Hund getötet worden, welcher gleichfalls der Tollwuth verdächtig war. Die Polizeiverwaltung zu Kolmar hat daher angeordnet, sämtliche Hunde im dortigen Polizeibezirk auf die Dauer von drei Monaten an die Kette zu legen. — Bei Kolmar i. P. sind ausgedehnte Flächen von Wiesenmergel und reichhaltige Lager von Thonmergel vorhanden. Beide Arten Mergel sind von einem Chemiker untersucht worden und hat derselbe gefunden, daß dieselben mit einander vermisch einen guten

berger) Kanal und Vorbesprechungen der projektierten Kanalsäulen und Flussregulierungen. Die Wichtigkeit dieser Angelegenheiten macht eine rege Beteiligung der Vereinsmitglieder wünschenswerth. Neue Beitragsklärungen zu dem neuen Vereine sind an den Vorsitzenden, Herrn Redakteur L. Hirschberg in Bromberg zu richten.

Das künftige Reichstagsgebäude.

Das von der Reichstagsbau-Kommission festgestellte Programm für den Entwurf eines Reichstagsgebäudes lautet unter Weglassung geringfügiger Einzelheiten wie folgt:

Der auf dem Situationsplan näher bezeichnete Platz für die Errichtung des Reichstagsgebäudes bildet ein Rechteck von 136 Mr. Länge und 95 Mr. Breite. Die Höhenlage ist nahezu eben. Die Grenzlinien des Platzes dürfen unter keinen Umständen durch Rätsel, Vorbaute, Freitreppe oder Rampen überschritten werden. Die im Programm bezeichneten Flächenmaße der einzelnen Räume sollen zweckmäßige, durch die Disposition des Entwurfs bedingte Abweichungen nicht ausschließen. In dem Gebäude sollen folgende Räumlichkeiten vorgesehen sein: A. Ein Sitzungssaal für den Reichstag von 600—640 Du.-M. Grundfläche. Der Sitzungssaal muss von allen Seiten durch bequem gelegene Thüren zugänglich und, so weit nicht von der Halle begrenzt, von breiten, hellen Korridoren umgeben sein. Alle Eingänge sind gegen das Eindringen von Zugluft zu schützen. Die Eingänge für die Abgeordneten sind von denen für den Bundesrat zu trennen. Zwei der Eingänge für die Abgeordneten — bei Abstimmungen für Zahlungen bestimmt — müssen einander gegenüber liegen. Bei Einrichtung des Sitzungssaales ist das Hauptgewicht zu legen: 1. auf die Herstellung guter Akustik. Es ist deshalb Sorge dafür zu tragen, daß diese nicht durch allzu große Höhe des Saales und übermäßige Tiefe des Bogens beeinträchtigt werde; 2. auf zweckmäßige Heizung, Ventilation und Beleuchtung, damit die Temperatur im Saale nicht erhöht werde. In dem Sitzungssaale sind anzurichten: a) amphitheatralische angeordnete Sitze für 400 Abgeordnete. Das Steigungsverhältnis des Saalbodens ist wie 1:10 anzunehmen. Die Sitze müssen mit Rücklehnen und verschließbaren Schreibtischen versehen, sowie bequem zugänglich sein; c) die Rednertribüne vor dem Präsidentenstuhl, etwas tiefer gelegen, mit Lesepult und Seitentischen, daneben auf jeder Seite zwei Sitze mit Schreibtischen für Referenten; d) Schreibtische und Stuhlpätze für sechs Stenographen vor der Rednertribüne; e) zu jeder Seite der Tribüne das Präsidium Tische mit 24 Plätzen für die Mitglieder und Kommissare des Bundesrates. Es wird besonders Wert darauf gelegt, daß von allen, auch den entferntesten Plätzen dieser Tische die Redner auf dieser Tribüne und unten im Saale gut verstanden werden können; f) ein Tisch zum Niederlegen von Dokumenten; g) eine Loge mit 12 Fauteuils für den kaiserlichen Hof und die verbündeten Fürsten; dazu ein Salon, ein Vorzimmer und eine Toilette. Diese Räume müssen rechts von dem Präsidentenstuhl (nicht im Rücken desselben) liegen und durch einen Zugang getrennt von den übrigen Zugängen zu erreichen sein; h) eine oder zwei Logen mit zusammen 24 Fauteuils für das diplomatische Corps, dazu ein Vorzimmer und eine Toilette; i) eine Loge zur Disposition der Mitglieder des Bundesrats mit etwa 40 Sitzen; k) eine Loge zur Disposition der Abgeordneten mit etwa 80 Sitzen; l) eine Loge für die Mitglieder der deutschen Landtage mit etwa 30 Sitzen; m) eine Loge zur Disposition der Behörden mit etwa 60 Sitzen; n) zwei reservierte Logen mit je etwa 30 Sitzen; o) mehrere Logen für das Publikum mit zusammen 150 Sitzen. Die Logen unter i bis o müssen Vorräume mit ausreichenden Garderoben erhalten; p) Logen für die Vertreter der Presse mit zusammen 80 Sitzen, von denen 60 Plätze verschließbare Schreibtische erhalten. Die Logen unter i bis p müssen durch Zugänge, getrennt von allen übrigen Zugängen zu erreichen sein. Von allen Logen aus muß der Sitzungssaal gut übersehen, von den Logen unter p müssen die Redner besonders gut verstanden werden können. Notausgänge sind vorzusehen. B. Räume welche im Niveau des Saalbodens liegen. 1. Eine Halle (Logen) für die Abgeordneten in unmittelbarem Anschluß an den Sitzungssaal, höchstens 500 Du.-M. Grundfläche. Diese Halle soll bei vor kommenden Feierlichkeiten, sowie bei ausnahmsweise großen Kommissionsberathungen benutzt werden können. Auf eine reichliche architektonische Durchbildung der Halle ist Bedacht zu nehmen, 2. ein Arbeitszimmer des Reichstagspräsidenten 40 Du.-M., 3. ein Sprechzimmer desselben 40 Du.-M., 4. ein Vorzimmer desselben 20 Du.-M., 5. zwei Zimmer der Schriftührer je 40 Du.-M. Die Zimmer unter 2—5 sind in der Nähe des Sitzungssaales so anzurichten, daß sie auf kurzem Wege von der Tribüne des Präsidenten aus sich erreichen lassen; 6. ein Arbeitszimmer des Reichstagspräsidenten 40 Du.-M., 7. ein Sprechzimmer desselben 40 Du.-M., 8. ein Vorzimmer desselben 20 Du.-M., 9. 2 Geschäftszimmer für die Reichsämter je 40 Du.-M., 10. ein gemeinschaftliches Vorzimmer 20 Du.-M., 11. 2 Sprechzimmer für die Mitglieder und Kommissare des Bundesrats je 40 Du.-M., 12. ein Sitzungssaal für den Bundesrat, nicht zu entfernt vom Sitzungssaal des Reichstages 200 Du.-M. Der Saal soll reichliches hohes Seitenlicht oder Oberlicht erhalten. In dem Saale ist ein 1.25 Meter breiter Sitzungstisch mit 60 Fauteuils anzuordnen; 13. ein Vorraum zu diesem Sitzungssaale 80—100 Du.-M.; 14. 2 Säle für die Ausschreibungen des Bundesrats in der Nähe des Sitzungssaales 80 und 40 Du.-M.; 15. eine Garderobe für den Bundesrat 40 Du.-M.; 16. für die Restaurierung ein Saal mit drei Nebenzimmern, zusammen 400 Du.-M.; 17. ein oder zwei Lesesäle für Tagesschriften 250 Du.-M.; 18. 2 Schreibsäle, zusammen 150 Du.-M.; 19. mindestens 2 helle Garderoberräume für die Garderobe von 400 Abgeordneten im Ganzen. Die Räume unter 16 bis 19 müssen in möglichst bequemer Verbindung mit dem Sitzungssaal und der Halle stehen. C) Räume, welche nach ihrer Zusammengehörigkeit auf die verschiedenen Geschosse angemessen verteilt sind. 1. 6 theils kleinere, theils größere Sprechzimmer für die Abgeordneten, zusammen 180 Du.-M.; 2. 4 Toiletten-Zimmer für die Abgeordneten, je 20 Du.-M.; 3. 6 Sitzungssäle für die Abtheilungen und Kommissionen des Reichstages, je 60 Personen, je 130 bis 150 Du.-M.; 4. 2 Sitzungssäle für die Abtheilungen und Kommissionen (gleich für die Funktionen des Reichstages) für je 150 Personen je 300 Du.-M.; 5. 8 Sitzungssäle für je 30 Personen je 80 Du.-M.; 6. einige kleinere Sprechzimmer in der Nähe der Räume unter 3—5; 7. Arbeitsräume für die Vertreter der Presse mit zusammen 80 hellen Schreibtischen, verteilt auf mindestens 8 Zimmer, 300 Du.-M. Diese Arbeitsräume müssen in möglichst direkter Verbindung mit dem Toyer der Presse stehen; 8. ein Vorraum zum Aufenthalt der Zeitungsboten 40 Du.-M.; 9. ein Geschäftszimmer des Bureauaditors 40 Du.-M.; 10. ein Vorzimmer desselben 20 Du.-M.; 11. ein zweites Vorzimmer desselben für das Publikum 30 Du.-M.; 12. 2 Säle für die Registratur, zusammen 200 Du.-M.; 13. ein Kassenzimmer 40 Du.-M.; 14. ein Raum für die Kanzlei mit 15 hellen Schreibtischen; 15. ein Zimmer zum Rollationieren 20 Du.-M.; 16. 2 Räume zur Expedition der Drucksachen 40 und 100 Du.-M.; 17. ein Zimmer für den Botenmeister daneben 60 Du.-M.; 18. ein Raum für 60 Kanzleidienere und Boten des Reichstags 100 Du.-M.; 19. ein Garderobenraum für dieselben 40 Du.-M.; 20. ein Raum für die Kanzleidienere des Bundesrats in der Nähe des Aufgangs zu den Sälen des Bundesrats 40 Du.-M.; 21. ein helles Archiv mit besonderer Treppe gegen Außen und gegen Feuergefahr 200 Du.-M.; 22. ein Raum zur Aufbewahrung der alten Alten 200 Du.-M.; 23. die Bibliothek des Reichstags; die Bibliothek soll eine Grundfläche von 1000 Du.-M. nicht übersteigen und eine Repositorien-Ansichtsfläche von mindestens 2500 Du.-M. darbieten; 24. zwei Arbeitsräume für den Bibliothekar und dessen Gehilfen 60 und 40 Du.-M.; 25. ein Lesezimmer für die Abgeordneten 60 Du.-M.; 26. ein Sprechzimmer für die Abgeordneten 40 Du.-M.; 27. ein Dienerraum nahe bei dem Zimmer des Bibliothekars 30 Du.-M. D. Räume,

welche im unteren Geschoss liegen: 1. zwei Säle für die Stenographen mit je 15 hellen Schreibtischen je 60—80 Du.-M.; 2. Saal zur Korrektur der stenographischen Zeichnungen mit 3 Schreibtischen und mit Lesepulten für die Abgeordneten 60 Du.-M.; 3. an Vestibulen, a) ein Vestibul für die Abgeordneten mit einem bedeckten Eingang, b) eine Einfahrt mit Vestibul für den kaiserlichen Hof, die verbündeten Fürsten und das diplomatische Corps, c) eine Einfahrt nebst Vestibul für den Bundesrat, d) ein Vestibul für das Publikum; 4. ein Zimmer für die Post 40 Du.-M.; 5. ein Zimmer für den Telegraphen 40 Du.-M.; 6. ein Raum für Telephon-Einrichtungen 40 Du.-M.; die Räume unter 4—6 müssen in der Nähe des Vestibuls 3 liegen; 7. ein Bille-Bureau neben dem Vestibul 3d; 8 Portierloge an den Vestibulen; 9. eine Wohnung für den Hausinspektor von vier Stuben nebst Zubehör; 10. drei Portier-Wohnungen von je 2 Stuben nebst Zubehör; 11. zwei Wohnungen für Hausdiener oder Heizer, je 2 Stuben mit Zubehör. C. Ausgaben: 1. ein Wirtschaftsraum für den Restaurateur; 2. Räume zur Unterbringung einer Dampfmaschine mit Kesselhaus; 3. Räume für Brennmaterial in der Nähe der Heizapparate und des Kesselhauses; 4. Räume für Utensilien; 5. kleine Werkstätten für Haushandwerker; 6. eine kleine Druckerei; 7. Wachtlokal für Polizei und Feuerwehr 60 Du.-M. Allgemeine Bedingungen. Das Gebäude muss durchweg feuerfest konstruiert sein. Die Treppen für den kaiserlichen Hof, den Bundesrat, sowie die Treppen für die Abgeordneten und endlich diejenigen für das Publikum sind vollständig von einander zu trennen. Sie müssen von Außen her auf möglichst kurzen und hellen Zugängen zu erreichen sein. Nebenausgänge für wirtschaftliche Zwecke und für den Dienstbetrieb sind vorzusehen. Klosets, Pissour und Waschvorrichtungen, letztere in besonderen Räumen, sind in jedem Geschoss und bei jeder Gruppe von Räumen in ausreichender Zahl hell und geräumig anzulegen. Auf möglichst direkte und zweckmäßige Tagesbeleuchtung sämtlicher Räume, welche für den Verkehr und Aufenthalt bestimmt sind, wird großer Wert gelegt.

Aus dem Gerichtssaal.

* Posen, 30. Januar. [I. und II. Strafkammer.] Am 30. Juli v. J. fiel zu Rosnowo ein Ochse anscheinend am Milchbrande. Der Kadaver wurde in Gemäßheit des Gesetzes vom 23. Juni 1880 und der Instruktion des Reichskanzlers vom 24. Februar 1881 vorschriftsmäßig vergraben, nachdem das Fleisch vorher mit Chloralkali, Petroleum und gewöhnlichem Kalk ungenießbar gemacht worden war. Der Wächter J. erhielt den Auftrag, genau aufzupassen, daß Niemand das Fleisch ausgrabe. In der darauf folgenden Nacht erblieb der Wächter J. 4 Menschen, in denen später 4 Knechte des Dominiums ermordet wurden, welche damit beschäftigt waren, den Kadaver auszubauen. Beim Anblick des J. ergriffen sie die Flucht. In einer der nächsten Nächte wurde die Grube vollständig aufgegraben und der größte Theil des Kadavers entwendet, die Thäter konnten jedoch nicht ermittelt werden. Gegen die 4 Knechte wurde Anklage wegen Vergebens aus § 328 Strafgesetzbuchs und des Gesetzes vom 23. Juni 1880 erhoben. Sie wurden jedoch freigesprochen, da nicht erwiesen war, daß jener Ochse faktisch am Milchbrande gefallen war. — Die Redakteure des „Kuryer poznanski“, „Dienst poznanski“, „Oredownik“ und „Gonic Wielkopolski“ stehen unter der Anklage der Beleidigung des Kreisphysikus Dr. Wiener aus Culm. Dr. W. gehörte zu dem Komitee, welches sich beabsichtigt begehung des 50-jährigen Dienstjubiläums des Gymnasialdirektors L. zu Culm gebildet hatte, und sollte Dr. W. die Auferstehung gethan haben, daß es wünschenswert wäre, wenn an diesem Festtage Reden in polnischer Sprache unterblieben. Hierüber waren die hiesigen polnischen Zeitungen empört und die 4 oben bezeichneten Zeitungen brachten Artikel, in denen Dr. W. auf das Heftigste angegriffen wurde. Nach geschlossener Beweisaufnahme, bei der der Dolmetscher einen schweren Stand hatte, da die Angeklagten einzelne Wörter der Übersetzung anders deuten wollten, beschloß der Gerichtshof auf Antrag des Verteidigers Rechtsanwalt v. Glebock noch 3 Entlastungszeugen zu vernehmen. Die Verhandlung wurde daher vertagt. — Der Feldwächter Stanislaus Zalewski aus Marianowo gehört zu jener Klasse von Menschen, die sich ein Vergnügen daraus machen, ihren Mitmenschen Schaden zuzufügen. Er ist bereits neunmal wegen Körperverletzung, Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch vorbestraft. Die lezte Strafe von 1½ Jahren Gefängnis wegen Körperverletzung verbüßt er gegenwärtig. Heute hatte er sich wegen desselben Vergehens zu verantworten. Auf dem Gutshof zu Bomblin begegnete er am 9. Oktober v. J. die Pferdeklieche D. und Z., welche sich nach dem Pferdestall begeben wollten. Z. trat ihnen entgegen, erklärte ihnen, daß sie dort nichts zu suchen hätten und versetzte dem D. zugleich einen Stoß vor die Brust, der ihn zu Falle brachte. Als D. sich erhoben hatte und zur Wehr setzte, versegte ihm Z. mit einem Messer einen Stich in den linken Unterarm. Der andere Knecht Z. wollte dem Z. mit seinem Stock einen Stoß über die bewaffnete Hand geben, erhielt aber von Z. mit demselben Messer einen Stich in den rechten Unterarm. D. wurde in Folge der Verletzung sofort ohnmächtig, Z. war noch am 1. Dezember v. J. arbeitsunfähig. Mit Rücksicht auf die vielen Verurteilungen wegen Körperverletzung wurde Z. zu zwei Jahren drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Landwirthschaftliches.

.r. Wollstein, 31. Januar. [Rustikalverein.] Am vergangenen Freitag fand unter dem Vorsteher des Posthalters Herrn Dobrowicz im Techner'schen Saale eine Sitzung des hier bestehenden Rustikalvereins statt. Nach einigen einleitenden Worten des Herrn Vorsteher ertheilte derselbe dem landwirthschaftlichen Wanderlehrer Herrn Pflecker aus Posen das Wort. Derselbe be sprach das Thema: „Worauf hat man bei der Aufzucht des Kindviehs besonders zu achten?“ Der Redner setzte in der Einleitung auseinander, wie in der ganzen Natur die Bemerkung gemacht wird, daß sowohl die guten, als auch die schlechten Eigenschaften und Formen der Eltern sich zu einem gemischt Grade auf die Nachkommenstafel übertragen. Man ist daher — so fuhr der Redner fort — seit langer Zeit darin übereingekommen, daß man von einer ausgezeichneten Kuh und einem guten Bullen, der einer Kuh angehört, deren gute Eigenschaften konstant sind, auch mit Gewißheit schönes Vieh erzüchten könne. Außer gutem Zuchtmaterial, vorzüglich aber der Auswahl eines vollendet und angemessenen Zuchttieres, hat man bei Aufzucht des Kindviehs vorzugsweise auf nachstehende Umstände sein Augenmerk zu richten: 1. darauf, daß die Kühe vor dem Kalben nicht zu lange genötigt werden, 2. auf eine recht vorsichtige Ernährung des Kalbes bis zum Beginn des Weidebetriebes, 4. auf die Fütterung des Kalbes während des ersten Jahres mit Hilfe einer guten Weide, 5. auf eine gleichmäßige gute Ernährung während des folgenden (des zweiten) Winters, 6. auf die Fütterung der Kühe auf einer guten Weide während des zweiten Sommers, 7. auf eine recht kräftige Ernährung 3 bis 4 Monate vor dem Kalben, und 8. auf die Einstellung des Melkens der Kuh nach den 4 Monaten der zweiten Trächtigkeit. — Der Vortragende ließ sich darauf ausführlich über Punkt 1 aus. Es ist sehr wichtig, nicht nur für die Kuh, sondern auch für das Kalb, welches geboren werden soll — so lezte er auseinander — mit dem Melken mit dem Ende des 6. Monats aufzuhören. Bis zum 6. Monat der Trächtigkeit ist die Frucht noch klein, von da ab entwickelt sie sich jedoch sehr rasch, und wenn die Kuh nach dieser Zeit noch gemolken wird, so zieht das große Nachtheile nach sich. Aus Veranlassung der bedeutenden Anstrengung ihrer Kräfte verwirft dann die Kuh sehr leicht, da alles Verwirren im 7. Monat der Trächtigkeit stattzufinden pflegt. Im günstigsten Falle wird ein schwaches Kalb zur Welt gebracht, welches den ersten Aufschlag zur Krankheit schon in sich trägt. Am schädlichsten ist das lange Melken vor dem Kalben bei der Fütterung mit Schlemme, welche, wie sie einerseits eine sehr günstige auf die Milchabsonderung wirkt, sie doch andererseits einen sehr schädlichen Einfluß auf die Kuh und

auf die Entwicklung der Frucht ausübt. Von keinem andern Futter verwerfen erfahrungsmäßig die Kuh so oft, und werden so elende und schwache Kühe geboren, als von der Fütterung mit Schlemme. Lehnschädel wie die Schlemme, sekte Redner auseinander, wirksame konzentrierte Nahrungsmitte schädlich, wie Schrot, Delicaten, u. s. w., wenn solche den tragenden Kühen in großer Menge verabreicht werden. Ganz besonders zeigt sich, fügt der Redner fort, das lange Melken der Kuh vor dem Kalben in der Hinsicht schädlich, daß dadurch die besten Milcherinnen ungefunden werden und sich diverse Krankheiten zusiehen. Deshalb räth der Redner, man immer zu der oben angegebenen Zeit, d. h. nach 6 Monaten der Trächtigkeit das Melken einzustellen; man erzielt dabei mit Gewißheit ein besseres Resultat, als bei längerem Melken. Der größte Vortheil bei nicht längerem Melken der Kuh ist der, daß die ganze Heide um Vieles gesündigt bleibt, da der größere Theil von Fällen der Unfruchtbarkeit, von Verwerfen und verschiedenen Krankheiten mit Gewißheit aus einem übermäßig langen Melken hervorgeht. Es ist bekannt, daß beim Verwerfen die Nachgeburt keines abgeht, daß solche verfaulen muß, in Folge davon, sogar bei der größten Aufmerksamkeit und Pflege immer eine Blutergiftung eintritt, die Unfruchtbarkeit hervorbringt. — Auch die andern Punkte erläuterte Herr Pf. in populärer Weise. Nach dem ungefähr zwei Stunden währenden Vortrag entspann sich eine sehr lebhafte eingehende Debatte, in welcher namentlich der Herr Vorsitzende eine bedeutende Sachkenntnis entfaltete.

* Aus dem Kreise Mogilno. [Warnung.] Der Wirth S. in C. hatte gedörrte Lupine, die übrigens noch keine Schooten angesetzt hatte und zu Futter für die Schafe bestimmt, aber dumfig geworden war, zur Einsiede in den Viehhof benutzt. Das Vieh hatte davon gefressen und war folgenden Tages dermaßen aufgebläht, daß ein Tierarzt herbeigeholt werden mußte. Es gelang dem lebten durch geeignete Mittel, das Vieh von der Blähung zwar zu befreien, indessen kränkelte dasselbe noch einige Tage hindurch, indem es an Fresslust und die Kuh am Milchsaugabe sehr abgenommen hatten. Möge dieser Fall andern unerfahrenen Landwirthen zur Warnung dienen.

Bermisches.

* Berlin, 31. Januar. Ein peinliches Aufsehen machte an der hiesigen Börse heute die Nachricht von dem Selbstmord des Kommerzien-Rathes Max Frensdorf in Hannover. Befremdet übernahm derselbe im Jahre 1866 das alte Geschäft der Firma Ezechiel Simon, deren Geschäftsführer er bis dahin gewesen war, unter der Firma M. J. Frensdorf & Co.; späterhin wurde auf der Basis seines Geschäftes die Provinzial-Diskont-Geellschaft gegründet, die dann im Jahre 1873 wieder liquidirt wurde, seit welcher Zeit die alte Firma wieder ins Leben trat. Es ist ja wohl nicht zweifelhaft, daß dieser Selbstmord mit den augenblicklichen Börsen-Verhältnissen zusammenhangt. Der hiesige Platz ist nur nach einer Richtung hin bei diesem Vorfall beteiligt, doch existiren hier am Platze so große Depots der Firma, daß durch dieselben vollständige Deckung geschaffen wird.

* Gegen O. Fr. Gensichen soll — nach Angabe des „Börs-Kur.“ — die königl. Staatsanwaltschaft das Strafverfahren wegen des erzählenden Gedichtes „Felicia“ eingeleitet haben. Die bei dem Verleger, Herrn Grosser, befindlichen Exemplare sind polizeilich beschlagnahmt worden.

* Über durch noch schulpflichtige Kinder verübte Raub- und Giftmord macht die „Danz. Zeit.“ folgende ausführliche Mittheilungen: In Danzig besteht seit zwei Jahren eine Rettungsanstalt für verwahrloste Knaben. Die Anstalt besteht jetzt zwei Häuser, welche in unmittelbarer Nähe des Pfarrhauses liegen. Die Anzahl der Jünglinge ist bis jetzt auf 43 angewachsen. Als Hausvater wirkt der Diakon Holm. Unter den Jünglingen, welche sich aus allen Theilen Westpreußens rekrutieren, befinden sich auch vier Knaben, welche seinerzeit von dem Rettungshause zu Riesenburg hierher überwiesen wurden. Der Schuhmacher Mietrowski, ein wiederholt bestrafter Mensch, welcher jene Jünglinge schon von seinem vorherigen Aufenthalte in Riesenburg kennengelernt und mit ihnen verschiedene Streiche begangen hatte, hält sich seit längerer Zeit in unserer Stadt bei der Wittwe Klose auf. M. erneuerte nun im Geheimen seine alte Bekanntschaft mit den erwähnten Jünglingen der Anstalt und führte dieselben der Wittwe Klose zu, welche diesen jungen Knaben im Alter von 12—14 Jahren Schnaps verabreichte und sie unter Mitwirkung des Mietrowski förmlich zu Mord, Raub und Diebstählen abrichtete. Zuerst führte die Knaben kleinere Diebstähle im Rettungshause und in der Wohnung des Pfarrers aus, ohne daß irgend welcher Verdacht auf die Jünglinge der Anstalt gefallen wäre. Dieser Ertrag genügte aber dem Mietrowski noch nicht, und es wurde daher noch Schlimmeres geplant. Zunächst sollte der Pfarrer vergiftet werden; ihm wurde daher bei einer Gelegenheit, die sich leicht darbot, da die Knaben der Anstalt häufig im Pfarrhause zu kleineren Arbeiten herangezogen werden, in den Kaffee von Streichölzern abgeschabter Phosphor geschüttet. Glücklicherweise blieb das Gift ohne Folgen, da der Pfarrer sich gleich nach dem Genuss des Kaffees erbrach. Ohne Abnung von dem geplanten Verbrechen, schrieb der Pfarrer das Erbrechen einem Unwohlsein zu. Vor einigen Tagen hatte sich der Hausvater Holm in seinem Zimmer, welches unverschlossen, auf das Sopha gelegt und war eingeschlafen. Sogleich wurde der Mietrowski von einem dieser Knaben davon benachrichtigt. Da es sehr finster war, zündete Mietrowski eine Laterne an, steckte ein scharfes Messer zu sich und begab sich nur vor das Rettungshaus. Dasselbe angelangt, wurden die vier beteiligten Knaben heimlich aus der Anstalt herausgerissen. Einer erhielt von dem Mietrowski eine mit Chloroform getränkte Rose — von Papier gefertigt — um sie dem Hausvater, damit er schlafend erhalten werde, unter die Nase zu halten, während der andere Knabe das Messer erhielt, um ihn bei etwaigem Erwachen sofort in die Schläfe zu stechen. Mietrowski stand draußen am Fenster, leuchtete mit der Laterne und beobachtete die Ausführung seiner gegebenen Befehle. Nach vollbrachter That bestätigte M. alsdann das Haus zu plündern und dasselbe demnächst in Brand zu stellen. Nach einer Viertelstunde erwachte aber der Hausvater trotz seiner Betäubung; der mit dem Messer bewaffnete Jüngling will auch schon zustoßen, als ihn der andere, wohl von Gewissensbisse betroffen, in die Arme fällt, so daß der Diakon nur leicht verletzt wurde. Nach langem Leugnen haben die Knaben Alles gestanden. Der Mietrowski und seine Helferin sitzen bereits hinter Schloss und Riegel.

Staats- und Volkswirthschaft.

* Vom magdeburger Zukergeschäft. Ein erfreuliches Zeichen für die Entwicklung der magdeburger Geschäftstätigkeit ist der Aufschwung des magdeburger Zukergeschäfts. In den bekannten Lichtschen Statistischen Berichten finden wir die Rohzuckerumsätze der sechs Plätze Magdeburg, Braunschweig, Halle, Berlin, Stettin und Breslau. Nach dieser Aufstellung betragen die Umsätze der laufenden Campagne bis zum 31. Dezember für die sechs Plätze 6,215,800 Ztr., davon Magde

ners und Botanikers Lemoine in Nancy sein, wonach die Narbe von gefüllten Blumen sich durch den Samenstaub von einfachen bestreichen lässt, mit dem Ergebnis, daß dieselben Samen tragen, der in den meisten Fällen wieder gefüllte Blumen gibt.

Briefkasten.

W. Alter Abonnent in Posen. Um Ihnen Bescheid sagen zu können, müßten wir den Fall genau, und womöglich von beiden Seiten dargestellt, kennen. So im Allgemeinen läßt sich auf Ihre Frage nichts antworten.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Sprechsaal.

(Eingesandt.)

Es wäre doch wünschenswerth, wenn einer von den größeren Gasconsumenten mal eine Versammlung der größeren Gasconsumenten zu Wege brächte, um über billigere Beleuchtung sich gegenseitig zu verständigen.

Einer für alle.

Stedbrief.

Gegen den Müller Franz Gabin aus Posen, 32 Jahre alt, katholisch, welcher flüchtig ist, ist die Untersuchungshaft wegen Sachbeschädigung vorhängt.

Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das hiesige Gefängnis abzuliefern.

(D. 1541/81.)

Posen, den 30. Januar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Zur Verwiegung größerer Gewichtsmengen, namentlich ganzer Wagen mit Ladungen bis einschließlich 5000 Kilo stellen wir von heute ab die Centesimal-Waage der Gasanstalt Graben Nr. 10 dem Publikum zur Disposition. Das Waagelad beträgt für je angesangene 100 Rg. 4 Pfennige.

Posen, den 1. Februar 1882.

Direktion
der Gas- und Wasserwerke.

Handelsregister.

Die in unserem Firmenregister unter Nr. 1765 eingetragene Firma A. Urbanowicz zu Posen ist erloschen.

Posen, den 1. Februar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Abtheilung IV.

Handelsregister.

In unser Register zur Eintragung der Ausschließung der ehelichen Gütergemeinschaft ist unter Nr. 658 zu folge Verfügung von heute eingetragen, daß der Kaufmann Johann Nepomue v. Kierski zu Posen für seine Ehe mit Sophia Antonina Bojowicza von Gökendorf bei Wronek mittelst Vertrages vom 31. Dezember 1881 die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ausgeschlossen hat.

Posen, den 1. Februar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Abtheilung IV.

Handelsregister.

Zufolge Verfügung von heute ist eingetragen:

1) in unser Geellschaftsregister bei Nr. 295 der Kaufmann Lippmann Auerbach ist aus der Handels-Gesellschaft in Firma S. J. Auerbach zu Posen ausgetreten, der Kaufmann Theodor Auerbach sieht das Geschäft unter der selben Firma fort (vergl. Nr. 2068 des Firmenregisters).

Posen, den 4. Januar 1882.

Königliches Amtsgericht.

Abtheilung IV.

Handelsregister.

Zufolge Verfügung von heute ist eingetragen:

1) in unser Firmenregister unter Nr. 2067 die Firma Jacob Jacoby zu Posen und als deren Inhaber der Kaufmann Jacob Jacoby hier selbst.

Posen, den 27. Januar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Abtheilung IV.

Handelsregister.

Zufolge Verfügung von heute ist eingetragen:

1) in unser Firmenregister unter Nr. 2067 die Firma Jacob Jacoby zu Posen und als deren Inhaber der Kaufmann Jacob Jacoby hier selbst.

Posen, den 1. Februar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Abtheilung IV.

Handelsregister.

Zufolge Verfügung von heute ist eingetragen:

1) in unser Firmenregister unter Nr. 2067 die Firma Jacob Jacoby zu Posen und als deren Inhaber der Kaufmann Jacob Jacoby hier selbst.

Posen, den 1. Februar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Abtheilung IV.

Handelsregister.

Zufolge Verfügung von heute ist eingetragen:

1) in unser Firmenregister unter Nr. 2067 die Firma Jacob Jacoby zu Posen und als deren Inhaber der Kaufmann Jacob Jacoby hier selbst.

Posen, den 1. Februar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Abtheilung IV.

Handelsregister.

Zufolge Verfügung von heute ist eingetragen:

1) in unser Firmenregister unter Nr. 2067 die Firma Jacob Jacoby zu Posen und als deren Inhaber der Kaufmann Jacob Jacoby hier selbst.

Posen, den 1. Februar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Abtheilung IV.

Handelsregister.

Zufolge Verfügung von heute ist eingetragen:

1) in unser Firmenregister unter Nr. 2067 die Firma Jacob Jacoby zu Posen und als deren Inhaber der Kaufmann Jacob Jacoby hier selbst.

Posen, den 1. Februar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Abtheilung IV.

Handelsregister.

Zufolge Verfügung von heute ist eingetragen:

1) in unser Firmenregister unter Nr. 2067 die Firma Jacob Jacoby zu Posen und als deren Inhaber der Kaufmann Jacob Jacoby hier selbst.

Posen, den 1. Februar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Abtheilung IV.

Handelsregister.

Zufolge Verfügung von heute ist eingetragen:

1) in unser Firmenregister unter Nr. 2067 die Firma Jacob Jacoby zu Posen und als deren Inhaber der Kaufmann Jacob Jacoby hier selbst.

Posen, den 1. Februar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Abtheilung IV.

Handelsregister.

Zufolge Verfügung von heute ist eingetragen:

1) in unser Firmenregister unter Nr. 2067 die Firma Jacob Jacoby zu Posen und als deren Inhaber der Kaufmann Jacob Jacoby hier selbst.

Posen, den 1. Februar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Abtheilung IV.

Handelsregister.

Zufolge Verfügung von heute ist eingetragen:

1) in unser Firmenregister unter Nr. 2067 die Firma Jacob Jacoby zu Posen und als deren Inhaber der Kaufmann Jacob Jacoby hier selbst.

Posen, den 1. Februar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Abtheilung IV.

Handelsregister.

Zufolge Verfügung von heute ist eingetragen:

1) in unser Firmenregister unter Nr. 2067 die Firma Jacob Jacoby zu Posen und als deren Inhaber der Kaufmann Jacob Jacoby hier selbst.

Posen, den 1. Februar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Abtheilung IV.

Handelsregister.

Zufolge Verfügung von heute ist eingetragen:

1) in unser Firmenregister unter Nr. 2067 die Firma Jacob Jacoby zu Posen und als deren Inhaber der Kaufmann Jacob Jacoby hier selbst.

Posen, den 1. Februar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Abtheilung IV.

Handelsregister.

Zufolge Verfügung von heute ist eingetragen:

1) in unser Firmenregister unter Nr. 2067 die Firma Jacob Jacoby zu Posen und als deren Inhaber der Kaufmann Jacob Jacoby hier selbst.

Posen, den 1. Februar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Abtheilung IV.

Handelsregister.

Zufolge Verfügung von heute ist eingetragen:

1) in unser Firmenregister unter Nr. 2067 die Firma Jacob Jacoby zu Posen und als deren Inhaber der Kaufmann Jacob Jacoby hier selbst.

Posen, den 1. Februar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Abtheilung IV.

Handelsregister.

Zufolge Verfügung von heute ist eingetragen:

1) in unser Firmenregister unter Nr. 2067 die Firma Jacob Jacoby zu Posen und als deren Inhaber der Kaufmann Jacob Jacoby hier selbst.

Posen, den 1. Februar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Abtheilung IV.

Handelsregister.

Zufolge Verfügung von heute ist eingetragen:

1) in unser Firmenregister unter Nr. 2067 die Firma Jacob Jacoby zu Posen und als deren Inhaber der Kaufmann Jacob Jacoby hier selbst.

Posen, den 1. Februar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Abtheilung IV.

Handelsregister.

Zufolge Verfügung von heute ist eingetragen:

1) in unser Firmenregister unter Nr. 2067 die Firma Jacob Jacoby zu Posen und als deren Inhaber der Kaufmann Jacob Jacoby hier selbst.

Posen, den 1. Februar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Abtheilung IV.

Handelsregister.

Zufolge Verfügung von heute ist eingetragen:

1) in unser Firmenregister unter Nr. 2067 die Firma Jacob Jacoby zu Posen und als deren Inhaber der Kaufmann Jacob Jacoby hier selbst.

Posen, den 1. Februar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Abtheilung IV.

Handelsregister.

Zufolge Verfügung von heute ist eingetragen:

1) in unser Firmenregister unter Nr. 2067 die Firma Jacob Jacoby zu Posen und als deren Inhaber der Kaufmann Jacob Jacoby hier selbst.

Posen, den 1. Februar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Abtheilung IV.

Handelsregister.

Zufolge Verfügung von heute ist eingetragen:

1) in unser Firmenregister unter Nr. 2067 die Firma Jacob Jacoby zu Posen und als deren Inhaber der Kaufmann Jacob Jacoby hier selbst.

Posen, den 1. Februar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Aufgebot unbekannter Erben.

Am 19. November 1880 ist zu Coepenick der am 28. Juli 1800 zu Wollstein geborene vormalige Mühlmeister Johann Gottlieb Hecker verstorben. Als seine nächsten Erben haben sich bisher legitimirt: 5 Geschwister Feyer, Entfleder der Halbbrüder des Verstorbenen, der am 26. September 1789 geboren und am 16. Januar 1866 verstorbenen Johanna Sanna Hecker, verehelicht gewesene Müllermeister Carl August Franke.

Nach stattgehabten Ermittlungen hat der Erblasser noch folgende Geschwister gehabt:

- 1) die am 20. August 1813 geborene vollbürtige Schwester Johanna Rosina Hecker,
- 2) die am 23. April 1797 geborene Halbbrüderin Johanne Eleonore Hecker, verehelichte Schuhmachermeisterin Heinrich in Wollstein, welche am 3. Juli 1827 mit Hinterlaßung einer Tochter verstorben ist,
- 3) den am 5. November 1791 geborenen Halbbruder Johann Gottfried Hecker, welcher am 17. Mai 1846 mit Hinterlaßung folgender drei Kinder verstorben ist:
 - a) Johann Georg Wilhelm, geboren am 26. Juni 1824.
 - b) David Gottlieb Gottfried, geboren am 29. Dezember 1832.
 - c) Eleonore Rosalia Emilie, geboren am 15. Juli 1839, verehelicht gewesene Bürgermeisterin Jantzen zu Rostaschewo.

Alle diesenigen, welche hier nach nähere oder gleich nahe Erbsprüche an den Nachlaß zu haben vermeinten, als die oben gedachten 5 Geschwister Feyer, werden aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens bis zu dem auf

den 12. Mai 1882,

Mittags 12 Uhr, vor dem unterzeichneten Amtsgericht anberaumten Termin anzumelden, und zwar unter der Verwarnung, daß nach Ablauf des Termins die Ausstellung der Erbbescheinigung für die nächsten bekannten Erben erfolgen wird.

Coepenick, den 20. Januar 1882.
Königl. Amtsgericht.

Auktion.

Im Auftrage des königl. Hauptsteuer-Amts hier selbst werden

Freitag den 3. d. Mts.,

Vormittags 10 Uhr, im Bahnhofe Wilhelmsstraße Nr. 31

3 silberne Taschenuhren,

3 goldene Ringe,

1 goldene Brosche re.

öffentlich meistbietend gegen Baar-

zahlung versteigert.

Wenzel,

Vollziehungsbeamter.

Die Forstverwaltung Czerwo-

nawies bei Kriewen hat

circa 5—600 Centner

Eichenriegelrinde

auf dem Stamm zum Verkauf. Kauflustige wollen sich bei der Forstverwaltung franco melden.

Pitzner.

Aus meinen

Baumschulen

in Solacz bei Posen

offerire ich

zur Frühjahrs-Pflanzung:

Hochstämmige Süßkirschen

(Gehr stark), das Stück zu 1 M.

100 Stück zu 90 M., 1000 St.

zu 750 Mark,

Hochstämm. Sauerkirschen

das Stück zu 80 Pf., 100 St.

zu 75 Mark,

Loko Solacz oder Bahnhof Posen.

Außerdem

diverse andere Baumshul-Artikel.

A. Fehlan.

Der bekannte wirklich echte

Alpen-Thee

reinigt das Blut und ist vorzüglich

für die Brust. à Pack 40 Pf. zu

haben in Posen bei Apotheker Dr.

Wachsmann, Breslauerstr. und in

der Rothen Apotheke Alt. Markt 37.



Wir ermächtigen
Herrn S. A. Krueger in Posen,
für uns Anträge auf hypothekarische Darlehne entgegenzunehmen.
Berlin, im Februar 1882.
Deutsche Hypothekenbank.
(Aktien-Gesellschaft.)

Impf-Formulare

hält bei dem bevorstehenden Impfgeschäfte stets vorrätig und empfiehlt zur gefälligen Abnahme die

Hofbuchdruckerei
W. Decker & Co.
(E. Rössel)
Posen.

Ein wahrer Schatz
für die unglücklichen Opfer der
Selbstbesteckung [Donaie] und
geheimen Ausschweifungen ist das berühmte Werk:
Dr. Retan's Selbstbewährung.

78. Auflage. Mit 27 Abbild. Preis 3 Mark. Lese es jeder, der an den schrecklichen Folgen dieses Lasters leidet, seine aufrichtigen Belehrungen retten jährlich Tausende vom sicheren Tode. Zu beziehen durch G. Pöhl's Schulbuchhandlung in Leipzig, sowie jede Buchhandlung. In Posen vorrätig in der Buchhandlung von A. Spiro und bei A. Berger.

Bur besond. Beachtung!

Mein seit vielen Jahren als vorzüglich empfohlenes Heilverfahren gegen Schwächezustände, Rückenmarkleiden, nervöses Bittern usw. bringe hiermit in Erinnerung.

Näheres durch Broschüren mit

privaten und polizeilich beglaubigten

Attesten versende gratis aber nicht frei.

Dr. Brückner, Apotheker,
Breslau, Gr. Scheitingerstr. 10 B.

Ich suche per sofort eine Windmühle zu kaufen oder eine Wassermühle zu pachten. Gef. Off. bitte mit genauer Ang. d. Preises postl. Wongrowitz einzuf. u. Nr. 13 S. S.

Dominium Staw

bei **Strzałkowo**
hat 14 Stück junge gemästete
Ochsen zu verkaufen.

Veritalienisches Geflügel
in guter Waare billig beziehen will, wende sich an das Importgeschäft von Hans Maier in Ulm a. D. Lebende Anturst wird garantirt. Preisverzeichniß wird postfrei zugesandt. — Je 3 Stück ausgewachsene Gelbfüßer franco M. 10. — Je 3 Stück ausgewachsene Dunkelfüßer, sogenannte Lamotashühner, franco M. 10.

Gute Harzer Kanarienvögel
zu haben Alter Markt 77, 2 Tr. I.

Apotheker Szalnok's Gicht- und Rheumatismusplaster — das bewährte Mittel gegen alle rheumatischen und die durch Erfältung erzeugten Krankheiten, wie Gliederreisen, Kopf-, Zahn-, Brust- und Hals-Schmerzen, Stiche im Kreuz und in der Brust, Husten, Rehkopfszindung, Heiserkeit, Schreie im Kopf und Appetitlosigkeit — vorrätig in Rollen à 1 M. n. Gebrauchsan. bei den Herren: Apotheker Kirschstein - Posen, Melmedorf - Gnesen, Neugebaur - Kroitschin, wie in den Apotheken zu Bomst, Margonin usw.

100,000 Stück

Weißdornpflanzen,

extra schöne Pflanzen à 1000 Stück

9, 12 und 15 Mark empfehlt

Gnesen, im Januar 1882.

Aug. Hoffmann.

Mädchen oder jüngere Knaben fin-

den freundl. Aufnahme u. gewissenh.

Pflege gegen bill. Pension. Näheres

in der Exped. d. Ztg.

Damell findet Rath u. sichere Hilfe

discret. Frau Lattke,

Berlin, Neue Königstr. 3, pr. r.

Deutsche Hypothekenbank.

(Aktien-Gesellschaft.)

Für mein Destillationsgeschäft
suche ich zum 1. April, resp. auch
sofort, einen durchaus tüchtigen und
zuverlässigen Destillateur bei hohem
Salair. Zeugnisse resp. Photographie
erwünscht.

Cöslin, den 1. Februar 1882.

Gustav Struck.

Ein verh. Forstmann,

d. 3. Sekretär einer königl. Ober-

försterei, sucht Stellung zum 1. Oktober

d. J. als Gutsförster oder ähnl. Gute

Zeugnisse. Kautio bis 2400 M.

Gef. Off. sub M. K. bef. d. Exped. d. Z.

Ein Gärtner mit guten Zeug-
nissen, in besten Jahren, ohne Familie,
sucht baldige Stellung, übernimmt
auch alle Kosten. Adressen g. M.

Nr. 40 hauptpostlagernd Breslau,
Albrechtstraße.

Ein junger Mann, der mit dem

Schreib- u. Rechnungsfache gut

vertraut ist, wünscht sich im Bureau,

ganz gleich welcher Branche, einzu-

arbeiten. Off. erbettet unter M. M. 40

postl. Bengierskie. Pr. Posen.

Ein junger, verh. evang.

Gärtner

mit guten Zeugn. sucht z. 1. April
unter beiderlei Ansprüchen
Stellung. Off. erbettet A. B. 100

postlagernd Margonin.

In einem der ersten hiesigen Ge-
schäfte findet ein junger Mann
aus achtbarer Familie mit guten
Schulkenntnissen und der deutschen
und polnischen Sprache mächtig,
Stellung als Lehrling.

Selbstgeschriebenes Offeren sub
Nr. 34 in der Exped. d. Ztg.

Ein Kommiss,

gewandter Expedient, der schon mehrere

Jahre im Geschäft zugebracht,

gesucht auf gute Zeugnisse, sucht

Stellung in einem Kolonialwaren-,
Cigarren- und Schankgeschäft. An-

tritt sofort. Anfragen beliebe man

sub L. S. postlagernd Pogorzela

zu richten.

Ein junger Mann aus anständiger
Familie, 22 Jahr alt, der be-
reits über 2 Jahre in der Land-
wirtschaft thätig war, wünscht vom

1. April d. J. ab, womöglich in einer

Wirtschaft mit Brennerei Auf-

nahme als Volontär und Beschäf-

tigung in der Wirtschaft gegen eine

jährliche Pension von 450 Mark.

Hierauf etwa restestirende Herren
Böttcher oder Wirtschafts-Direktoren
werden höflich gebeten, unter E. L.

Bahnhof restaurante Blotnik d. Posen

ihre Geneigtheit zur Annahme des

jungen Mannes gefällig funduben.

Ein tüchtiger Commiss,

beider Landessprachen mächtig, findet

in meinem Kolonialwaren- und

Destillationsgeschäfte sofort dauernd

Stellung.

M. Deutschmann, Gnesen.

Am 1. April findet ein unverhei-

ratheter

Wirthschaftsbeamter

bei mir Stellung.

Kenntnis der polnischen Sprache

erforderlich.

Reisner,

Ostrowiec ob. Dolzig.

Kr. Schrimm.

Ein pensionierter Militair, der

deutschen und polnischen Sprache

mächtig, findet Stellung als

Portier

bei der Zuckerfabrik Wreschen.

Ein früherer Wirthschaftsin-
spektor sucht